

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

SEITE 3: Versicherungen – dunkler Punkt in Schröders Agenda

SEITE 8: Baskenland:
Kommunalwahlen ohne Batasuna

SEITE 12:
Hamburgs Schulen im Protest

SEITE 15: IG Metall und verdi rufen zu Aktionen gegen Sozialabbau

SEITE 19: Vor dem Sudetendeutschen Tag 2003 – großdeutsch-völkischer Hintergrund



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 , Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

PKK UND SPENDEN. Umfangreiche Aussagen im Celler PKK-KADEK-Prozess. Zur Überraschung aller Prozessbeteiligten machte der Angeklagte Ali K. am 9. Prozesstag (8. Mai 2003) umfangreiche Aussagen zu den Vorwürfen, dass die PKK gewalttätig Spenden erpressen würde. Er stellte fest, dass die Spendentätigkeit der Kurdinnen und Kurden auf Freiwilligkeit basiert. Ali K. räumte aber ein, dass es auf lokaler Ebene Probleme beim Einsammeln der Spenden gab und es zu Bedrohungen kam. Dies sei nie ein Geheimnis gewesen. Einige wenige Aktivisten versuchten mit Drohungen ihre Sammelergebnisse zu erhöhen und sich so besonders erfolgreich darzustellen. Hinter solchen Handlungsweisen stehen mangelnde Überzeugungskraft, mangelnde Propagandatätigkeit und übertriebener Eifer. Ali K. machte auch darauf aufmerksam, dass die Darstellung der PKK als gewalttätige Organisation von verschiedenen Personen und Gruppen (z.B. auch vom türkischen Geheimdienst) ausgenutzt wird, indem der Name der PKK benutzt wird. So würden z.B. „private“ finanzielle Forderungen eingetrieben und die Mafia ihre Schutzgelder erpressen. Drohungen und Zwang beim Sammeln von Spenden wurden innerhalb der Parteistrukturen intensiv kritisiert und stellen innerhalb der Organisation eine Straftat dar. Wenn Aktivisten beim Sammeln von Spenden Gewalt anwenden, werden sie ihren Ämtern entthoben. Ali K. räumte Mängel und Fehler diesbezüglich ein. Solche Drohungen stellen aber nicht die allgemeine Politik der PKK dar. Dies ist auch der Bundesanwaltschaft und den Polizeibehörden bekannt. Würden sie auch die abgehörten Telefonate, die dies belegen, in den vielen Prozessen veröffentlichen, würden diese Prozesse nicht mehr stattfinden. Das Verhalten der BAW und des BKA macht deutlich, das weiterhin das Feindbild „Kurde / PKK“ aufrecht gehalten werden soll. (PM, Kurdistan Solidarität Uelzen)

ENTSCHÄDIGUNG – WOFÜR? „Heute im Bundestag“ berichtet über einen Antrag der Unionsfraktion, dessen Inhalt bisher vor allem bei NPD, Reps & Co. aufgetaucht war: Eine der Stiftungsinitiative „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ vergleichbare Zwangsarbeiterentschädigung fordert die Fraktion der CDU/CSU für deutsche Staatsangehörige, die nach Ende des Zweiten Weltkrieges in andere Staaten verschleppt und dort unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen worden sind (15/924). Mit dem Antrag soll der Bundestag die Regierung auffordern, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der eine humanitäre Geste für Personen vorsieht, die als Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit durch fremde Staatsgewalt während des Zweiten Weltkrieges oder danach zur Zwangsarbeit herangezogen wurden. Die Union fordert in ihrer Initi

ative eine „innerstaatliche Regelung“, da die Bundesregierung es laut Antwort (14/6688) auf eine Kleine Anfrage (14/6478) „nicht für angezeigt hält“, mit denjenigen Staaten oder deren Nachfolgestaaten, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Deutsche verschleppt und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen haben, „Verhandlungen dahin gehend aufzunehmen, dass die noch lebenden deutschen Opfer durch diese Staaten mit einer humanitären Geste zur Würdigung des erlittenen Vertreibungsschicksals bedacht werden“.

AGENDA 2010 ÜBERARBEITEN. Der Paritätische Wohlfahrtsverband appelliert an die Bundesregierung, ihre Agenda 2010 unter den Kriterien der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs zu überarbeiten. „Das unter dem Titel Agenda 2010 von der Bundesregierung geplante wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmenbündel ist sozial unausgewogen, zeugt von armutspolitischer Ignoranz und ist ein erneuter Versuch, Langzeitarbeitslose zu Sündenböcken für ihre eigene Situation zu machen.“ Insbesondere die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf Sozialhilfenebene würde 1,4 Millionen Arbeitslose mit ihren Familien – somit rund 3,1 Millionen Menschen – in die Armut stürzen, mahnt der Verband unter Vorsitz von Barbara Stolterfoht. Denn angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten schützt die Sozialhilfe schon seit Jahren nicht mehr vor Armut. „Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist sich bewusst, dass unsere sozialen Sicherungssysteme reformbedürftig sind und auch die Arbeitslosenhilfe grundsätzlich kein Tabu darstellt, wenn es darum geht, die Architektur unserer Sozialtransfers auf künftige Erfordernisse einzustellen“, heißt es in dem Papier. Doch sei es weder in der Sache nachvollziehbar noch unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit akzeptabel, wenn die Bundesregierung auf der einen Seite Leistungskürzungen bei sozial Benachteiligten anstrebt, während sie auf der anderen Seite Milliarden-Geschenke an Großkonzerne mache – wie mit der letzten Steuerreform geschehen. Zudem unternehme die Regierung keine Anstrengungen, die wirtschaftlichen Ressourcen im System zu aktivieren, kritisiert der Paritätische Wohlfahrtsverband. „Wenn eine Bundesregierung darüber hinaus längst überfällige Reformen wie die des Ehegattensplittings und der Erbschaftsteuer ausklammert, verliert sie das moralische Recht, die Ärmsten weiter zu belasten, um ihren Haushalt zu konsolidieren“, kritisiert der Verband. Er fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen eines sozial gerechten Konzepts strukturierte Maßnahmen für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren zu ergreifen, die auch dazu beitragen, das verlorene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wieder zurück zu gewinnen. (PM)

Städtetag fast einstimmig für modernisierte Gewerbesteuer

Ein Verfassungskonflikt entsteht

Im Zusammenspiel mit den Wirtschaftsverbänden hatten Bund und Länder im letzten Jahrzehnt die Kommunalfinanzen dadurch ruiniert, dass sie die Kommunen zwangen, für die Folgekosten der Arbeitslosigkeit einzustehen. Rot-Grün hat dann noch eine Reihe von Änderungen der Besteuerung und des Steuerverteilungsschlüssels vorgenommen, die vielleicht, ja wenn die Konjunktur angekommen wäre, die Misere für manche Kommunen und einige Jahre überdeckt hätten. Nun hat die Konjunktur gar nicht angezogen. Jetzt stehen sogar die bestfinanzierten Städte mit dem Rücken an der Wand. Die Krise der Kommunalfinanzierung ist allgemein geworden. Es ist nicht mehr möglich, die Ursache der Probleme in dieser oder jener lokal verfehlten Stadtpolitik zu suchen. Es liegt eine Krise im System vor.

Auf diese Krise hat die Wirtschaft eine Antwort. Ihre Vorschläge sehen die Städte als eine Art Unterbehörde, die Politik vollzieht, die von Land und Bund und vielleicht auch Europa gemacht wird. Zu diesem Zweck würden die Städte und Gemeinden dann auch aus Bundesmitteln ausgestattet. Die Gestaltung der Beziehung von der Wirtschaft zur Öffentlichkeit wäre damit aus der kommunalen Selbstverwaltung herausoperiert.

Die Kommunalpolitik will sich darauf parteiübergreifend nicht einlassen, sondern fordert: „Eine Verbindung zwischen Wirtschaft und Kommunen durch die im Grundgesetz garantierte wirtschaftsbezogene kommunale Steuer ist zu sichern“. Wenn die Wirtschaftsverbände auf Land und Bund setzen, ist das erklärlich, weil immer mehr Unternehmenseigentum sich über mehrere Gemeinden erstreckt. Daraus ergibt sich für wirtschaftsnahe Kommunalpolitik ein Dilemma. Sie hat ihre Verbindungen zu den Wirtschaftslenkern am Standort. Das Verhandeln über eine „wirtschaftsbezogene kommunale Steuer“ organisiert den Einfluss am Standort. So ist erklärlich, dass diese Forderung weit in die Reihen der Konservativen und der Liberalen zieht. Von links aus gesehen, ist es die einzige Möglichkeit, die Geschäftswelt an der Finanzierung der umfangreichen von der Stadtgemeinschaft erbrachten Vorleistungen direkt zu beteiligen.

Bedeutsam ist zweitens, dass man den Kreis der Gewerbesteuerpflchtigen um alle Selbständigen (freie Berufe) schließen will. Die Vertretungen der freien Berufe würden auf diesem Wege an der ganzen Kommunalpolitik interessiert. Die politische Basis würde verbreitert.

Drittens fordert man, dass die Pflichtaufgaben, d.h. die von Bund und Land auf

die Gemeinden zur bloßen Abwicklung übertragenen Aufgaben, aufs Notwendige beschränkt werden müssten. Das „Konnexitätsprinzip nach dem Motto Wer bestellt bezahlt“ soll ins Grundgesetz.

Abschließend wird aus der bitteren Erfahrung des letzten Jahrzehntes noch eine verfassungsrechtliche Konsequenz gezogen. „Ein neuer Abstimmungsprozess zwischen Bund, Ländern und Kommunen (Konsultationsprinzip) ist für das Gesetzgebungsverfahren einzuführen. Nur durch solche stärkeren Mitwirkungsrechte der Kommunen lassen sich Fehlentwicklungen im Gemeindefinanzsystem ... auch für die Zukunft vermeiden.“

Diese Positionen werden, wie schon gesagt, von erdrückenden Mehrheiten in der Kommunalpolitik parteiübergreifend bezogen. Weil sie sich auf das Gefüge der verfassungsmäßigen Ordnung der BRD beziehen, wird es nicht möglich sein, diese Sache in den „Landes-“ und „Bundesparteien“ einfach abzutun.

Wenn nicht ein stürmischer Aufschwung alle Reformgedanken in einem warmen Regen kommunaler Einnahmen ersäuft, steht allen Parteien in der BRD eine Debatte in Sachen Kommunalverfassung ins Haus. *maf*

Zitate aus Anhang zur Resolution der Hauptversammlung 2003 des Städtetags zur Gemeindefinanzreform, www.staedtetag.de

Freizeitunfallkostenversicherung als Mittel der Unfallprävention?

Dunkler Punkt in Schröders Agenda 2010

Die derzeitige Reformdiskussion um die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) ist offensichtlich eine einzige Umverteilungsdiskussion. Rechts will Kosten auf die Arbeitnehmer abwälzen – Senkung Lohnnebenkosten! – Links will Einnahmen durch Einbeziehung weiterer Personen steigern und die besser verdienenden Lohnabhängigen, in der Regel auch die „besseren Risiken“, durch Anhebung der Höchstgrenzen stärker belasten – Solidarität! Je nach Zugehörigkeit zu Branchen oder Berufsgruppen werden Preissenkungen der diversen Anbieter gefordert (Krankenhaus, niedergelassener Arzt, Apotheke, Pharmaindustrie, ...).

Auffällig: die steigenden Gesamtausgaben für Gesundheit am Bruttoinlandsprodukt werden kaum in Frage gestellt. Die Menschheit, zumindest in Deutschland werde eben immer älter und somit auch gebrechlicher. Für die Gesundheit ist nichts zu teuer, also ... Nach dem Zusammenhang von vorgeschlagenen Reformmaßnahmen mit dem Gesundheitszustand der Bevölkerung wird nicht gefragt. Von den 680 Seiten des jüngsten Sachverständigungsgutachtens zum Gesundheitswesen werden nur die ersten 150 Seiten („Das System und seine Finanzierung“) öffentlich behandelt.

So ist z.B. die geplante Verlagerung der hälftigen Versicherungsprämien für das Krankengeld von Arbeitgebern auf Arbeitnehmer offensichtlich nichts als gesetzlich verordnete Lohnkürzung. Da Krankengeld bei lang anhaltender Krankheit im Anschluss an die sechswöchige Lohnfortzahlungspflicht gezahlt wird, sowie als Lohnersatz bei Krankheit von mitversicherten Angehörigen, haben die versicherten Arbeitnehmer wirklich wenige Möglichkeiten, durch „gesundheitsbewusstes Verhalten“ zur Vermei-

dung dieser Risiken beizutragen. Das Interesse der Arbeitgeberseite an der Schaffung von Arbeitsbedingungen, die solche Krankheiten vermeiden helfen, wird durch diese Maßnahme auch nicht gefördert – im Gegenteil. Als Argument für diesen Lohnraub ist dem SPD-Parteivorstand in seinem Leitantrag für den bevorstehenden Sonderparteitag nur eingefallen, dass die Arbeitgeber bereits sechs Wochen den Lohn fortzahlen, dann könnten die Arbeitnehmer doch anschließend

Selbst der Sachverständigenrat für die konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen hat die vollständige Verlagerung dieses Versicherungsrisikos in seinem Gutachten 2003 abgelehnt, und ausschließlich die Steuerfinanzierung der Krankengeldzahlung bei Erkrankung von Angehörigen (wg. Familienlastenausgleich) empfohlen.

Vor der Kanzlerrede am 14. März war ein anderer Vorschlag des Sachverständigenrates in der Diskussion: die vollständige Verlagerung der Aufwendungen aus Freizeitunfällen allein auf die versicherten Arbeitnehmer. Die Ratsmehrheit ar-



Halbprofi- oder Feierabendfußball im Verein, es geht um was – der „volle Einsatz“ birgt eine hohes Verletzungsrisiko.

gumentierte mit der möglichen „Steuerungswirkung“, die von der Zahlung dieses Teils der Versicherungsprämien allein durch die Versicherten ausgehen würde. Eine vollständigen Privatisierung dieses Risikos durch risikoäquivalente Finanzierung über die private Versicherungswirtschaft lehnte der Rat allerdings aus sozialen Gründen ab und empfahl zur Finanzierung des größten Teils dieser privaten Unfallfolgen das Umlageverfahren mit gleich hohen Kopfprämien im Rahmen der GKV – also genau die Versicherungsoption, die die Bundesregierung jetzt beim Krankengeld wählen will. Die Ratsminderheit argumentierte dagegen zum einen mit möglichen Abgrenzungsproblemen (krankheitsbedingte Unfälle, unfallbedingte Krankheiten), und bestritt zum anderen die Vergleichbarkeit einer Versicherung privater Unfälle mit der gesetzlichen Unfallversicherung für Arbeitsunfälle (GUV) gerade in punkto Steuerungswirkung.

Nach Pressemeldungen soll die Fußballlobby am Abend vor der Kanzlerrede gegen die vollständige Privatisierung der Freizeitunfallfolgen interveniert haben, so dass der Kanzler daraufhin die Krankengeldoption gewählt habe. Offenbar hat Beckenbauer bei Schröder größeren Einfluss als der DGB-Vorsitzende.

In dieser Zeitschrift wurde vorgeschlagen, das besondere Risiko von Sportlern, zumindest solcher im organisierten Bereich, aus der GKV auszulagern. Sportvereine bzw. Veranstalter von Sportveranstaltungen sollten die Sportler nach Art der Berufsgenossenschaften versichern. Da die Auseinandersetzung um die Finanzierung der GKV noch in vollem Gang ist, und das Argument, gesundheitsgerechtes Verhalten könnte bestimmte Risiken minimieren, nicht von der Hand zu weisen ist, lohnt die Ausein-

andersetzung um die mögliche Steuerungswirkung risikoadäquater Versicherung von Unfallrisiken.

Gesetzliche und/oder private Unfallfolgekostenversicherung

Arbeits- und Wegeunfälle von Arbeitnehmern und Auszubildenden, von Kindern, Schülern und Studenten in und auf dem Weg zu Betrieb, Erziehungs- bzw. Bildungseinrichtung, sind über die in Berufsgenossenschaften gegliederte gesetzliche Unfallversicherung (GUV) versichert. Versichert sind sowohl Heil- und Pflegekosten als auch das Invaliditätsrisiko. Die Arbeitgeber, bzw. die Träger der Einrichtungen zahlen 100% der Beiträge – in unterschiedlicher Höhe je nach Risikoklasse, die GUV selbst „regiert“ in Präventionsfragen in die Betriebe hinein, und der Arbeitgeber kann in seinem Bereich die Größe der Gesundheitsrisiken für die abhängig Beschäftigten durch seine Entscheidungen und Anweisungen maßgeblich bestimmen. Statistische Wirkung dieser Struktur auf Unfallprävention ist festzustellen.

Für Freizeitunfälle gibt es eine Vielzahl privater Unfallversicherungen. Zahlreiche Vereine und Veranstalter von Sportveranstaltungen erheben mit ihrem Beitrag auch Prämien für Freizeitunfallversicherungen. Diese sichern aber nur einen Teil der Invaliditätsrisiken, sowie je nach Versicherung Transportkosten nach Unfällen und Krankenhaustagegeld ab. Der Bergsteiger, der in eine Gletscherspalte abgestürzt ist, hat in der Regel die Bergungskosten über den Deutschen Alpenverein versichert. Ver.di-Mitglieder können z.B. Krankenhaustagegeld bis zum 30fachen eines Monatsbeitrages und Invaliditätsleistung in Höhe eines 500fachen Monatsbeitrages bei Ganzinvalidität als einmalige Kapitalleistung in

Anspruch nehmen.

Wenn man von der Faustformel – monatlicher Bedarf x 200 = Vollinvaliditätsentschädigung – ausgeht, sind wahrscheinlich die meisten Leute gegen das Invaliditätsrisiko unversichert und die Forderung nach einer gesetzlichen Freizeitunfallversicherung nicht von der Hand zu weisen. Die GUV zahlt bei Vollinvalidität immerhin 2/3 des Jahresarbeitsverdienstes bis maximal 73.600 Eurobrutto (2002) als Jahresrente.

Die ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen, Arznei- und Hilfsmittel werden aber im Unterschied zur GUV auch beim Vorliegen privater Unfallversicherungen von der GKV getragen. Bei Betriebsunfällen bekommt die GKV dagegen ihre Kosten von der GUV erstattet.

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung schätzt das Gesamteinsparvolumen für die GKV bei Einrichtung einer gesetzlichen Freizeitunfallversicherung und vollständiger Überwälzung der anteiligen Arbeitgeberbeiträge auf die Arbeitnehmer auf 10,4 Mrd. Euro jährlich, was immerhin einem Beitragspunkt der GKV entspricht.

Vermeidung von Sportunfällen durch Versicherung?

Meniskusschäden, sowie Muskel- oder Sehnenrisse und Knochenbrüche, sind ein gern gewähltes Beispiel für die Möglichkeit, durch Veränderung des individuellen Verhaltens Kosten zu sparen. Meniskusverletzungen werden nach unfallmedizinischer Erfahrung am häufigsten durch sog. körpereigene Traumen in Form einer unkontrollierten Drehbewegung bei gebeugtem Kniegelenk oder beim Aufstehen aus der Hocke verursacht.

Man bewegt sich hier im Bereich der „unfallähnlichen Körperschädigung“. Unfälle werden von Krankheiten in der Regel wie folgt abgegrenzt:

1. *Schädigende Einwirkung* auf den menschlichen Körper.

2. *Plötzlichkeit* der schädigenden Einwirkung.

3. *Unfreiwilligkeit* (nicht beabsichtigte) der schädigenden Einwirkung.

4. Die schädigende Einwirkung muss auf einem äußeren Faktor, d.h. auf vom menschlichen Körper unabhängigen, äußeren Kräften beruhen.

5. Der äußere Faktor muss ungewöhnlich sein, d.h. den Rahmen des im fraglichen Lebensbereich Üblichen und Alltäglichen überschreiten.

Bei unfallähnlichen Körperschädigungen werden nur die ersten drei Merkmale zur Definition herangezogen. Auch hier ist Abgrenzung zur Krankheit dadurch möglich, dass eine schädigende, äußere Einwirkung wenigstens im Sinne eines Auslösungsfaktors zu den krankhaften oder degenerativen Ursachen hinzutritt. Die Abgrenzung zu Berufskrankheiten sollte bei Freizeitsport in der Regel vernachlässigbar sein, wenn nicht wie



Demonstrative Bilder für Verletzungsrisiken auf der Internetseite eines Sportarztes

z.B. bei Hobby-Triathleten der Trainingsumfang bis zu acht bis zwölf Stunden pro Woche, also in Richtung Teilzeitarbeit geht.

Besonders gefährdete Berufe für Meniskusschäden sind: Bergleute, Dachdecker, Fliesen- und Parkettleger, Gärtner als auch Skilehrer, Bergführer und Berufsfußballer. Bei den „Sportberufen“ stand Punkt 3 der Definition, „Unfreiwilligkeit“ in Frage, so dass früher Skilehrer, Bergführer und Berufsfußballer überhaupt nicht in die GUV aufgenommen wurden: schädigende Einwirkung auf den Körper = Folge der freien Berufswahl. Mit der zunehmenden Verbreitung dieser Berufe im Rahmen der Entwicklung zur „Freizeit- und Mediengesellschaft“ wurde dieses Tabu gebrochen und man half sich mit der Definition „eine durch keinerlei Programmwidrigkeit gestörte sportliche Verletzung“ weiter.¹

Da also die normale Sporttätigkeit, sogar und gerade die berufliche, gesellschaftlich nicht in Frage gestellt und der Meniskusschaden bei „programmgemäßer“ Ausübung in Kauf genommen wird, bleibt die Frage, nach welchem „Programm“, also welchen Regeln der Sport ausgeübt wird, und ob und von wem diese Regeln – ähnlich wie es der Arbeitgeber im Betrieb kann – gesundheitsfördernd beeinflusst werden können.

Nach § 823 BGB ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Körper eines anderen widerrechtlich verletzt. Daher müsste Foulspiel, Verstoß gegen die Regeln, von der Unfallversicherung ausgeschlossen und höchsten von der privaten Haftpflichtversicherung abgedeckt sein. Allerdings hat die Rechtsprechung den „leicht fahrlässigen Regelverstoß“ beim Boxen oder Fußball als nicht widerrechtlich erklärt. Ob leichte oder mittlere/schwere Fahrlässigkeit vorliegt, müsste durch den Schiedsrichter geklärt werden. Die Haftpflichtversicherung wird sodann nach der ökonomischen Theorie durch die entsprechende Höhe der Prämien dafür sorgen, dass das Foulspiel sich in Grenzen hält.

Die Regeln der Sportausübung werden „in der Regel“ von den Vereinen, bzw. Verbänden aufgestellt und geändert. Es stellt sich also die Frage, ob sie diese Regeln auch unter gesundheitlichen Aspekten aufstellen, so dass die Körperschädigung bei der Sportausübung minimiert wird, bzw. der Schädiger seine Haftpflichtversicherung bemühen muss. Vermutlich könnte auch hier der ökonomische Zwang durch die Höhe der Unfallversicherungsbeiträge heilsam sein. Die Verwaltungsberufsgenossenschaft hat zum Beispiel in Zusammenarbeit mit dem Eishockey-Verband in der Deutschen Eishockey-Liga (DEL) durchgesetzt, dass die Spieler Visiere an den Helmen tragen müssen, um die Verletzungsgefahr einzudämmen.

Die vom Sachverständigenrat für das Gesundheitswesen vorgeschlagene obli-

gatorische Privatunfallversicherung, die im Rahmen eines Umlageverfahrens über Pro-Kopf-Prämien (bei Beitragsfreiheit von Kindern und Jugendlichen) erfolgen soll, wäre für die Unfallprävention vermutlich wirkungslos, da der Zusammenhang zwischen Unfallrisiko und Prämienhöhe nur sehr vermittelt wäre. Eine obligatorische Unfallversicherung müsste die Vereine, bzw. Veranstalter von Sportveranstaltungen als Mitglied haben und je nach Sportart risikoadäquate Beiträge erheben. Nur so wäre auch eine Wirkung in Richtung „gesundheitsfördernder Regelgestaltung“ vorstellbar. Eine privatwirtschaftliche Organisation dieser Versicherung wäre im Übrigen nicht erforderlich. Der Aufgabenbereich der GUV könnte entsprechend erweitert werden, die Verwaltungsberufsgenossenschaft versichert bereits die lohnabhängigen Sportler.

Vermeidung sonstiger Freizeitunfälle

Die Folgen von Freizeitunfällen mit Kraftfahrzeugen, insbesondere von Motorradunfällen für den Verursacher, aber auch Fahrradunfälle, könnten und müssten ebenfalls obligatorisch in einer entsprechenden Risikoklasse der GUV versichert werden, da hier ein Zusammenhang von Fahrweise und Unfallrisiko auf der Hand liegt. Warum nur Berufskraftfahrer versichern? Bei sonstigen Freizeitunfällen – Haushaltsunfälle, Wegeunfälle von Fußgängern, nichtvereinsmäßige Sportunfälle als große Unfallbereiche – ist zu überlegen, inwieweit außer allgemeinen Appellen an die individuelle Unfallprävention Steuerung des Unfallrisikos möglich erscheint. Wenn die GUV angestellte Haushaltshilfen versichert, warum nicht Hausfrauen oder –männer? Wären die Kommunen vielleicht geeignete Träger der Unfallprävention (z.B. Einbeziehung des Unfallschutzes bei der Überwachung von Wohnungsbaurichtlinien oder der Gestaltung des öffentlichen Raums)? Die Kommunalisierung der Gewerbeaufsichtsämter, bzw. Ämter für Arbeits- und Immissionsschutz wäre nicht nur für die notwendige Öffentlichkeit des Arbeitsschutzes dringend erforderlich.

Zusammenfassend: Eine gesetzliche Freizeitunfallversicherung (mit Beitragsfreiheit von Kindern und Jugendlichen) ist allein schon zur Absicherung des Invaliditätsrisikos notwendig. Das Unfallgeschehen ist – zumindest statistisch – kein Schicksal, sondern beeinflussbar. Ein transparenter und fühlbarer Zusammenhang von Kosten und Risiko könnte zur Vermeidung beitragen, wenn gleichzeitig dafür verantwortliche Institutionen identifiziert werden. Gera-de linke Parteien, die sich der Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verschrieben haben, hätten hier eine Aufgabe gesetzlicher Regelung. (gst)

1) Vertragsfußballer sind inzwischen über die Verwaltungsberufsgenossenschaft gesetzlich unfallversichert. Jahresbeitrag für die VBG = Jahreslohnsumme x Gefahrtarif x Beitragsfuß / 1000.

Gefahrtarif und Beitragsfuß werden jährlich neu festgesetzt. Hier ein Beispiel anhand eines Vertragsamateurs mit Entgelt 150 : Jahreslohnsumme = $12 \times 150 = 1800$, Gefahrtarif (2001) = 18,01, Beitragsfuß (2000) = 4,70, $1800 \times 18,01 \times 4,70 / 1000 = 152,36$ jährlich = 12,70 monatlich + ca. 3,1 monatl. Insolvenzausgleich = ca. 15,80 monatlich. Für Bundes- und Regionalligen gelten gesonderte Tarife, das dargestellte Beispiel gilt für alle Spielklassen von der Oberliga abwärts. www.hfv-online.de/Satzung/20020226152848. Bundesligaprofis mit einem Einkommen von 450.000 Euro jährlich versichern sich neben der GUV zusätzlich noch privat gegen Invalidität mit einer Versicherungssumme, die dem dreifachen des Jahresgehalts entspricht. (Versicherungswirtschaft 2/2002, S.112 <http://www.aon.com/de/ge/specialties/pvm/pdf/pvmsportinv.pdf>)

EU-Beitrittsländer

Ablehnung des „Euro-pas mit einer Stimme“

In der vorigen Ausgabe der Politischen Berichte haben wir die Zielsetzungen des sogenannten „Vierergipfels“ am 29. April der EU-Staaten Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg vorgestellt. Sie sind knapp zusammengefasst: die Beschleunigung der europäischen Integration auf dem Gebiet der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Europa soll, so wird vor allem von der BRD immer wieder gefordert, in diesen Fragen „mit einer Stimme sprechen“, d.h. sich der Position derjenigen fügen, die sich am besten durchsetzen können. Die Möglichkeiten einer eigenständigen Entscheidung z.B. über die Beteiligung an einem Krieg sollen drastisch eingeschränkt werden. Die „Deutsch-Tschechischen Nachrichten“ berichten in ihrer neuesten Ausgabe über die Reaktionen bei den EU-Beitrittsländern:

Bei den neuen EU-Mitgliedern, deren Beitritt auf den 1. Mai 2004 festgelegt ist, treffen derartige Pläne auf geringe Gegenliebe. Der tschechische Präsident Václav Klaus, der am 2. Mai am Europäischen Wirtschaftsgipfel in München teilnahm, kritisierte in seiner Rede Vorstellungen von einem „europäischen Superstaat“. Klaus sagte u.a.:

„Die Tschechische Republik ist bereit, am europäischen Integrationsprozess teilzunehmen und alle notwendigen Voraussetzungen zu erfüllen, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind. Wir haben jedoch das Gefühl, dass eine Diskrepanz besteht zwischen dem, was wir bekommen, und dem, was wir geben. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Be seitigung aller Arten von Barrieren (der Liberalisierung in umfassendem Sinne) sind nach meinem Verständnis für die bisherigen Mitgliedstaaten vorteilhafter als für uns. Wir hoffen, dass die weitere Entwicklung im Sinne einer realen Konvergenz schließlich zu einem Ausgleich zwischen Kosten und Nutzen führen wird, aber dies wird länger dauern, als gemeinhin erwartet wird.“

Dies wird weiter kompliziert durch die Tatsache, dass sich Europa in diesen Tagen einer großen Herausforderung gegenüber sieht. Es muss den Menschen auf dem Kontinent echte Freiheit und eine liberale Demokratie (im klassischen Sinne) gewährleisten und gleichzeitig eine effiziente Marktwirtschaft schaffen. Ich befürchte, dass sowohl die Freiheit als auch die Effizienz durch die Entwicklungen der letzten Jahre bzw. Jahrzehnte abgenommen haben. Es macht mich nervös, dass Europa sich dieser Gefahren nicht ausreichend bewusst ist, sondern in einem Nirvana des relativen Überflusses, des Urlaubs in angenehmem südlichen Klima, der Abwesenheit autoritärer oder totalitärer Regimes auf dem eigenen Territorium, des jahrzehntelangen Friedens und eines positiven ökonomischen Wachstums lebt. Wir sollten uns der Zerbrechlichkeit und Verletzlichkeit aller dessen bewusst sein. Stattdessen sind die europäischen Politiker damit beschäftigt, eine kontinentale Einheit zu bauen, mit dem Ziel der Bildung eines postmodernen, postnationalen, postdemokratischen, multikulturellen pan-europäischen Staates und der Beseitigung der herkömmlichen europäischen Nationalstaaten. Mag sein, dass ich mich irre, wenn ich unsere Zukunft so sehe, aber ich stehe mit dieser Sicht sicher nicht allein.

Damit ich richtig verstanden werde: Ich kritisiere nicht den mehr oder weniger spontan ablaufenden europäischen Integrationsprozess (wenn dieser nur in bescheidenem Maße institutionell unterstützt wird), sondern dessen gegenwärtigen unionistischen und massiv institutionalisierten Charakter. Der Unterschied zwischen den beiden Wegen der Organisierung des Kontinents wird den Bürgern der europäischen Länder nicht ausreichend deutlich gemacht, und Unionisten wie Föderalisten versuchen, den offensichtlichen und substanzuellen Unterschied zu verwischen. Sie zielen offensichtlich auf die Errichtung eines kompakten europäischen Superstaates. Diesen versuchen sie jedoch unter einem anderen Etikett zu verkaufen – als Öffnung des europäischen Kontinents, als Weg zur Sicherung des Friedens, als Methode zur Erreichung von Freizügigkeit für Menschen, Güter und Dienstleistungen, Geld und Kapital, Ideen und kulturellen Mustern in ganz Europa, ein Projekt, das ich immer mit ihnen zusammen verteidigen und unterstützen werde.

Ich glaube nicht, dass wir weitermachen können, ohne den jetzigen Ansatz zu reformieren. Viele von uns glauben, dass sich wirkliche Demokratie in einer größeren Einheit als einem Staat nicht herstellen (und aufrecht erhalten) lässt. Oder, anders ausgedrückt, wir sehen keine Quelle demokratischer Legitimität auf einer Ebene über dem demokratischen Verfassungsstaat. Viele Europäer sprechen über ein Demokratiedefizit der EU. Das ist nach meinem Verständnis ein Ersatz für die Aussage, dass die EU von

nicht gewählten Bürokraten, von vornehmlich internationalistisch motivierten Politikern und von dem Glauben an die Vorteile einer Mehrheitsbildung durch Wahlen auf europäischer Ebene regiert wird. Wir müssen uns aber fragen, ob eine Entwicklung wirklich demokratischer internationaler Institutionen auf dieser Ebene vorstellbar ist? Für mich vermitteln nur Staaten den Menschen ein Gefühl der Identität und bilden einen Rahmen für die individuelle Freiheit. Der gegenwärtige Konvent sollte sich unmittelbar mit diesen Fragen befassen, ohne auf weniger wichtige auszuweichen. Die Europäer verdienen es, und unser gutes, altes Europa ebenfalls. [...]“

Klaus zum Vierergipfel u.a.

In einem Interview, das Klaus der Süddeutschen Zeitung am Rande des Wirtschaftsgipfels gab, nahm der tschechische Präsident u.a. Stellung zu dem Brüsseler Vierergipfel, zur Verlegung von US-Truppen von Deutschland nach Tschechien und zu dem ablehnenden Votum der CSU bei der Abstimmung über den Beitritt Tschechiens im Europaparlament.

[...]

SZ: Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg haben sich auf eine Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit verständigt. Was hält das künftige EU-Mitglied Tschechien davon?

Klaus: Fraglos haben diese vier Länder das Recht, Initiativen zu entwickeln – so wie jede Gruppe beliebiger anderer Staaten. Wenn auch dies in der EU verboten sein sollte, dann wäre das der Anfang vom Ende. Etwas anderes ist es, ob ich das für produktive, nützliche und positive Aktivitäten halte. Darauf muss ich leider antworten: keineswegs. Ich empfinde sie als gewissen Versuch, die Nato und die transatlantischen Bindungen zu schwächen und aus der EU eine Art Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu machen. Ich denke, dass das nicht nötig ist.

SZ: Amerikaner können sich vorstellen, dass US-Soldaten von Deutschland nach Tschechien verlegt werden. Sie auch?

Klaus: Dieses Thema hat in der ganzen Zeit von 1989 bis heute keinerlei Rolle gespielt. Niemand hat je öffentlich darüber diskutiert. Nicht einmal im Familien- oder Freundeskreis wäre ich auf die Idee gekommen, über so etwas zu sprechen. Dieses Thema ist für uns also absolut neu. Aufgrund unserer Geschichte sind wir sehr empfindlich, wenn es um fremde Truppen auf unserem Territorium geht. Ich glaube, die erneute Stationierung fremder Truppen wäre wohl nicht willkommen. Ich verstehe auch wirklich nicht, welchen militärischen Sinn solche Basen haben sollten.

SZ: Die zehn Abgeordneten der CSU haben im Europaparlament gegen den Beitritt Tschechiens gestimmt. Hat Sie das enttäuscht?

Klaus: Es hat mich überrascht. Nicht,

weil zehn einzelne Abgeordnete gegen den tschechischen Beitritt gestimmt haben. Das ist ihr gutes Recht. Ich bin aber sehr überrascht, dass es die einheitliche Abstimmung einer ganzen Partei war, noch dazu der bayerischen Regierungspartei. Indirekt wurde auch bestätigt, dass dies ein Standpunkt war, den auch die bayerische Regierung begrüßt hat. Das ist schon eine ernstere Sache.

SZ: Sie haben die Vertreibung der Sudetendeutschen kürzlich als aus heutiger Sicht unannehmbar bezeichnet. Ist das für Sie das letzte Wort zu diesem Thema?

Klaus: Ich habe gesagt, dass Taten, die von 1938 bis 1946 begangen wurden, aus heutiger Sicht unannehmbar sind. Ich habe sehr deutlich auf die zeitliche Abfolge hingewiesen, und darauf, dass die einen Taten Folge der anderen waren. Aus heutiger Sicht, am 2. Mai 2003 im ruhigen München, sind das Taten von einem anderen Stern, aus einer anderen Zeit, aus einer anderen Welt und für heute absolut unvorstellbar. Diese Frage wird mir sicher noch tausend Mal gestellt. Das letzte Wort ist es in dem Sinne, dass es eine andere Antwort nicht geben wird.

Innenminister auf Festakt des BdV

Schily: „Zentrum gegen Vertreibung verwirklichen“

Mit einem großen Festakt hat der revanchistische „Bund der Vertriebenen“ (BdV) am 6. Mai den 50. Jahrestag der Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes in Berlin begangen. Ehrengast war Bundesinnenminister Otto Schily, dem vom BdV die „Wenzel-Jaksch-Medaille“ verliehen wurde.

Nur einmal vor Schily sei in den letzten 50 Jahren ein Nicht-Mitglied des BdV mit dieser BdV-Medaille geehrt worden, betonte die BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach in ihrer Laudatio. Es sei das Verdienst Schilys, in seiner Amtszeit „die Abschottung der Sozialdemokratie“ gegenüber dem Bundesverband der Vertriebenen „aufgebrochen zu haben“. Ausdrücklich zitierte sie noch einmal aus Schilys Rede vom 29. Mai 1999, als dieser im Berliner Dom die „politische Linke“ wegen ihrer Ablehnung der Vertriebenenverbände scharf angegriffen hatte. Die Linke, behauptete Schily damals, habe „über die Vertreibungsverbrechen, über das millionenfache Leid, das den Vertriebenen zugefügt wurde, hinwegsehen, sei es aus Desinteresse, sei es aus Ängstlichkeit vor dem Vorwurf, als Revanchist gescholten zu werden.“

In Wirklichkeit ist der BdV seit langem ein Hort der politischen Rechten, geführt von Kräften, die jahrzehntelang und zum Teil noch heute jede Anerkennung der seit 1945 von der Anti-Hitler-Koalition

geschaffenen deutschen Ostgrenzen verhindern und das Deutsche Reich wiederherstellen wollen, mindestens „in den Grenzen von 1937“, wenn möglich noch größer. Bis heute darf der BdV wegen seiner Verbindungen zur rechtsextremistischen Szene als „rechtsextrem durchsetzt“ bezeichnet werden. Diese Wahrheit zu vertuschen und die jahrelange Distanz der SPD zum BdV – im Grunde seit der vom BdV heftig bekämpften Entspannungspolitik Willy Brands Ende der 60er Jahre – wieder zu beenden, ist Schilys Ziel. Der Minister lässt keine Gelegenheit aus, um das Wohlwollen des BdV zu gewinnen, vor allem durch Geld aus dem Bundeshaushalt. Dass dies bei ost-europäischen Nachbarn Sorgen vor einem Wiederaufleben großdeutscher Bestrebungen auslöst, lässt ihn und offenbar die gesamte Bundesregierung völlig kalt.

So auch diesmal. Schily kündigte in seiner Rede an: „Zum geschichtlichen Erbe Europas zählt in besonderer Weise die Erinnerung an die Vertreibungsverbrechen des vergangenen Jahrhunderts. Ich unterstütze daher die Forderung nach Errichtung eines ‚Europäischen Zentrums gegen Vertreibung‘. Nachdem der Bundestag seinerseits sich im Sommer 2002 in einer Entschließung mit großer Mehrheit „für ein europäisch ausgerichtetes Zentrum gegen Vertreibungen“ ausgesprochen hat, ist es an der Zeit, dieses Vorhaben zu verwirklichen.“

Tatsächlich ist beim BdV von einem solchen „europäisch ausgerichteten“ Zentrum mit keinem Wort die Rede. Dann müsste ein solches Zentrum auch die jahrzehntelange Politik der Zwangsgermanisierung in den von Preußen bzw. vom Deutschen Reich okkupierten polnischen Gebieten im 19. und 20. Jahrhundert, die Vertreibung von Juden und anderen während der NS-Zeit aus dem Deutschen Reich und die nationalsozialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik in der Tschechoslowakei, Polen und anderen osteuropäischen Ländern in den Jahren 1938 bis 1945 ausgiebig dokumentieren und kritisieren.

Das ist aber keineswegs Ziel des BdV. Auf der BdV-Homepage zu dem Projekt (www.bund-der-vertriebenen.de/info-pool/zentrumggvertreibung.php3) ist stattdessen von der „Vertreibung der mehr als 15 Millionen Deutschen“ und von der Sammlung von „Zeitzeugenberichten aus allen Vertreibungs- und Aussiedlungsgebieten“ als Aufgaben des künftigen Zentrums die Rede. Lediglich am Rande soll auch die „Vertreibung anderer Völker“ behandelt werden.

Die Ankündigung Schilys, dieses „Zentrum gegen Vertreibung“ nun „verwirklichen“ zu wollen, wird die Befürchtungen in Osteuropa vor einem Wiederaufleben großdeutscher Bestrebungen weiter anfachen. Mit einer Politik der guten Nachbarschaft gegenüber Osteuropa ist ein solches Projekt unvereinbar. (rül)

Baskenland:

Kommunalwahl ohne Batasuna

Gaston Kirsche

Für die in ganz Spanien am 25. Mai stattfindenden Kommunalwahlen war am 8. Mai der offizielle Wahlkampfaufpunkt. So wohl die in Madrid regierende konservative und spanisch-nationalistische PP (Volkspartei) als auch die zweite große Partei, die sozialdemokratische PSOE (Sozialistische Partei der Arbeiter Spaniens), haben ihre zentralen Auftaktveranstaltungen für den Kommunalwahlkampf im Baskenland abgehalten. Für den Stadtrat der größten Stadt im Baskenland, Bilbao, kandidiert auf dem letzten, aussichtslosen Listenplatz bei der PP José María Aznar, der spanische Ministerpräsident. Der Kampf gegen die militante baskische Unabhängigkeitsbewegung ist Aznar so wichtig, dass er bei



Protesttag gegen die Annexionierung von 225 Wählerlisten der Izquierdo Abertzale (der baskischen Linken) durch den spanischen Obersten Gerichtshof. An den durch die Initiative Autodeterminazio rako Bilgunea – AuB (Vereint für die Selbstbestimmung) organisierten Kundgebungen mit dem Motto Euskal Herria aurrera (Baskenland vorwärts) und den zweistündigen Arbeitsniederlegungen nahmen Tausende teil.

seinem letzten Staatsbesuch in den USA stolz war, verkünden zu können, dass die Bush-Administration, die in Spanien seit März verbotene baskische linksnationalen Partei Batasuna (Einheit) in die Liste der terroristischen Organisationen der USA aufgenommen hätte. Am 7. Mai bestätigte der US-Außenminister Colin Powell dies. Aznars erklärte dazu: „Hier sieht man, wozu Partnerschaften gut sind.“ Die Bekämpfung der militanten baskischen Unabhängigkeitsbewegung passt auch zu dem Wahlkampfschwerpunktthema „Sicherheit der Bürger“, bei dem PP und PSOE eifrig konkurrieren. Bei Wahlen in der Region Baskenland erhielt Batasuna zwischen 10 und 20 Prozent der Stimmen.

„Das Ziel der Terroristen ist es, mit Hilfe der zwei neuen Arten von Wahlplattformen, den kommunalen und regionalen, an den nächsten Wahlen teilzunehmen und so die Gerichtsurteile lä-

cherlich zu machen“, schnaubte Baltasar Garzón, Ermittlungsrichter am Nationalen Gerichtshof Spaniens am 8. Mai. Mit Hilfe neuer Wahllisten solle das Verbot der baskischen Partei Batasuna durch die Sonderkammer des Obersten Gerichtshofes vom 17. März umgangen werden. Garzón verkündete, das sei die Strategie der bewaffneten Bande ETA.

Dementsprechend eröffnete Garzón am 30 April ein Ermittlungsverfahren gegen Udalbiltza, den Rat der Gemeinden. Udalbiltza wurde Ende 1999 von Kommunalabgeordneten aus dem französischen und spanischen Baskenland sowie aus Navarra gegründet, die damit die „erste gesamtbaskische Institution“ schaffen wollten, als protostaatliche Einrichtung eines zu gründenden unabhängigen Baskenlandes. Bis Anfang Mai gab es Udalbiltza doppelt: Die Abgeordneten der bürgerlich-nationalen baskischen Parteien hatten sich 2000 von Udalbiltza abgespalten, weil sich die linksnationalen Abgeordneten von Batasuna weigerten, sich von ETA und deren Anschlägen zu distanzieren. Seit dem 29. April sind alle Büros der linksnationalen Udalbiltza geschlossen, acht bekannte Funktionäre verhaftet.

Garzón wirft ihnen vor, sich am „Projekt des Aufbaus einer Nation“ beteiligt zu haben, das von ETA geleitet werde. Die spanische Justiz kriminalisiert so einmal mehr baskische Nationalisten als vermeintliche Etarras, welche sich selbst als gewaltfreie Aktivisten einer baskischen Zivilgesellschaft verstehen. Die acht Verhafteten sind allesamt bei der letzten Kommunalwahl 1999 gewählte Vertreter. So sitzen als Vorsitzende von Udalbiltza die Bürgermeister von Oiarzun, Xabier Iragorri Gamio, und Ondarroa, Loren Arkotxa in Haft, die sich besser mit der örtlichen Müllabfuhr auskennen als mit Autobomben. Ebenfalls unter den Verhafteten: die Kassenwartin Miren Idoyaga Altamira, der für die Ausgabe eines von Udalbiltza kreierten baskischen Personalausweises zuständige Gemeinderat von Vera de Bidasa, Oscar Goiti Petirena. Der Vorwurf gegen die acht: Sie hätten dafür gesorgt, das mehrere Kommunen Haushaltssmittel zur Finanzierung an Udalbiltza bereitgestellt hätten – das sei ein Verbrechen der Kollaboration mit einer bewaffneten Bande, weil ETA hinter Udalbiltza stehen würde.

Außerdem hätten sie den Rat der Gemeinden dafür genutzt, um das Verbot von Batasuna zu umgehen und Kandidaturen unter neuen Namen organisiert. Vier Tage, nachdem Garzón die Funktionäre von Udalbiltza verhaftet ließ, verbot der Nationale Gerichtshof am 2. Mai örtliche Kandidaturen in 241 Orten der Region Baskenland, die sich für die an-

stehenden Kommunalwahlen am 25. Mai aufgestellt hatten. Sie wollten antreten unter Namen wie Ta segi aurrera (Und es geht weiter) in Bergara, Herri aintzinera (Das alte Volk) in Lesaka: Sestaorekin Bat (Wir in Sestao) in Sestao. In zehn Dörfern wird es jetzt keine Wahl geben können, weil die dortigen, nun verbeten Wählerristen die einzigen Kandidaturen waren. In 15 weiteren wird automatisch die spanisch-nationalen PP gewinnen, weil sie jetzt als einzige Liste antritt. Zum Teil handelt es sich dabei um Kandidaten, welche die entsprechenden Dörfer gar nicht kennen: Die PP wollte der Einschüchterung der spanisch-nationalen Kommunalpolitiker im Baskenland durch ETA dadurch entgegentreten, dass sie überall antreten – und sei es mit Kandidaten, die in Andalusien wohnen.

Ebenfalls verboten wurde vom Nationalen Gerichtshof Anfang Mai die Kandidatur von AuB, Autodeterminaziorako Bilgunea, der Plattform für das Selbstbestimmungsrecht. AuB wollte für die Parlamente der spanischen Provinzen, die für ein Baskenland vorgesehen sind, kandidieren: Guipúzcoa, Vizcaya, Álava und Navarra. AuB verabschiedete am 15. März ein Wahlprogramm, in dem es deutlich heißt: „Spanischer Staat – faschistischer Staat“. Die Unabhängigkeit des Baskenlandes ist vorrangiges Ziel. Auf der Versammlung wurde eine baskische Nation hochgehalten, der das Selbstbestimmungsrecht der Völker vorerthalten würde. Unter der Parole Herria ez du barkatuko, das Volk vergibt nicht, wurde zur Solidarität mit den Gefangenen aus ETA aufgerufen. Itziar Lopategi rief in einer kämpferischen Rede zur Sammlung der für die Kandidatur nötigen Unterstützungsunterschriften auf: „Das Baskenland braucht dich, braucht die Unterschrift von allen für die Selbstbestimmung.“ 90.000 Unterstützungsunterschriften kamen so in einem Monat zusammen – wesentlich mehr als benötigt. Das ist kaum verwunderlich. Bei den letzten Wahlen zum baskischen Regionalparlament erhielt Batasuna mehr als 200.000 Stimmen, Batasuna war ebenso wie ihr Wahlbündnis Euskal Herriarrok bis zum Verbot die viertgrößte Partei im Baskenland, stellte in 61 Gemeinden den Bürgermeister, 882 Gemeinderäte, Dutzende Abgeordnete in den Provinzparlamenten, sieben im Regionalparlament, einen, Koldo Garastiaga, im Europaparlament. Da der radikale, links auftretende baskische Nationalismus mit politischen Methoden nicht zu marginalisieren war, beteiligt sich jetzt die Justiz daran.

Garzón, der nicht müde wird, unzählige Ermittlungsverfahren zu initiieren, um baskisch linksnationale Gruppierungen als Vorfeldorganisationen oder gar Teilstrukturen von ETA zu kriminalisieren, war bereits im Verbotsverfahren gegen Batasuna schneller als die Sonderkammern der Gerichte. Kaum hatte das spanische Parlament im Sommer letzten Jahres das neue Parteiengesetz verab-

schiedet, durch das die Nichtdistanzierung von terroristischen Gruppen als Verbotsgrund etabliert wurde, hatte Garzón ein Ermittlungsverfahren aufgenommen und alle Aktivitäten von Batasuna für einen Zeitraum von drei Jahren verbieten lassen. Im März, als die Richter der Sonderkammer urteilten, dass Batasuna angeblich eine Gründung von ETA sei, folgte dem Parteienverbot dann noch die endgültige Beschlagnahmung des Parteivermögens. Das Verbot von Batasuna, ihrer Vorläuferin Herri Batasuna und ihres Wahlbündnisses Euskal Herriarrok, Baskische Bürger, wurde von den großen spanischen Parteien einhellig begrüßt. Ministerpräsident José María Aznar von der konservativen Volkspartei, PP, erklärte: „Man kann eine terroristische Organisation nicht zerschlagen, wenn man einem der Teile erlaubt, legal zu sein.“ Juan Fernando López Aguilar von der sozialdemokratischen PSOE

bot nicht zu akzeptieren, sondern bis vor den Europäischen Gerichtshof zu gehen. Im zivilen Ungehorsam erfahren, hat AuB eigene Wahlzettel gedruckt und ihre Wähler dazu aufgerufen, am 25. Mai damit abzustimmen. Schnell wurde auch eine „nationale Garantiekommission“ gegründet, welche eine eigene parallele Stimmensauszählung in den Wahllokalen koordinieren soll. Diese Kommission wird auch von den Parteien der baskischen Regionalregierung, PNV, Baskisch-Nationalen Partei, EA, Solidaritätspartei, und EB-IU, der Vereinigten Linken unterstützt. Garzón hat am 8. Mai in Navarra die Druckerei stürmen lassen, in der die Stimmzettel von AuB gedruckt wurden. Die wurden beschlagnahmt – und es wurde ein neues Ermittlungsverfahren wegen Kollaboration mit einer bewaffneten Bande eingeleitet. ETA selbst sieht sich durch das Vorgehen der Justiz bestätigt und erklärte kürzlich aus



10.05.2003 – Bilbo. Tausende von Personen nahmen an der verbotenen Demonstration für Udalbiltza (politische Versammlung aller baskischen Gemeinden) mit dem Motto "Bai Udalbiltzari – Bai Euskal Herriari" (Ja für Udalbiltza – Ja fürs Baskenland) in Bilbo teil. Die Kundgebung verlief gänzlich ohne Zwischenfälle, aber trotzdem plant das Departement des Inneren der baskischen Regionalregierung, die für die Organisation der Demonstration Verantwortlichen anzuklagen.

dachte gleich nach dem Verbot von Batasuna an das nächste Verbot: „Es war zu erwarten, dass sich das ETA-Umfeld neu strukturiert und dafür alle Tricks benutzt.“ Aber dank des neuen Parteiengesetzes gäbe es „genug Instrumente, um darauf zu reagieren.“ Nach dem Verbot der Plattform AuB und der 241 kommunalen Kandidaturen erklärte Spaniens Justizminister José María Michavilla, er sei „äußert zufrieden“. Sein Kollege aus dem Innenministerium, Angel Acebes, versicherte: „Es gibt mehr Beweise, das hinter diesen Machenschaften ETA steckt“, die verbotenen Wahllisten seien „Teil einer von ETA entworfenen Strategie“. Am 9. Mai bestätigte die höchste spanische Instanz, der Oberste Gerichtshof, die Verbote des Nationalen Gerichtshofes weitgehend: Die Kandidatur von AuB bleibt verboten, von den 241 verbotenen örtlichen Kandidaturen dürfen 16 jetzt doch antreten – die anderen 225 aber sind angeblich „Klone“ und Machwerke von ETA und bleiben ebenfalls verboten. AuB hat erklärt, das Ver-

Anlass des Tages der Basken: Die Parteienvorverbote seien „der gewalttätigste Strudel von faschistischen Angriffen in den letzten Jahrzehnten“. Auch die im Baskenland stärkste Partei PNV sieht sich in ihrem konservativen baskischen Nationalismus bestätigt. Ihr Vorsitzender, Xabier Arzalluz, erklärte am Tag der Basken auf einer Kundgebung im ebenfalls für einen baskischen Staat beanspruchten französischen St. Jean de Luz mit Bezug auf Staaten wie Moldawien oder Litauen, es gebe Chancen auf Unabhängigkeit: „Deshalb ist Paris nervös, und mit Madrid befinden wir uns fast im Krieg“. Die Waffen seien dabei allerdings die Wahlurnen, nicht die Pistolen. Eta möge die Waffen abgeben. Auch ohne ETA und Batasuna – den baskischen Nationalismus wird es weitergeben, solange die nationale Polarisierung beständig reproduziert wird. Gerade auch durch die regierenden spanischen Nationalisten mit ihrer Strategie der Repression, die im Baskenland auch schon als Ausnahmezustand bezeichnet wird.



Frankreich: Streiks gegen Rentenkürzung

Mehr als eine Million Menschen haben sich in Frankreich am 13. Mai an einem landesweiten Streik gegen die Rentenreformpläne der konservativen Regierung beteiligt, fast zwei Millionen beteiligen sich am gleichen Tag an Demonstrationen. Die Beteiligung an den Streiks war nach Presseberichten die größte seit vielen Jahren. Auch am nächsten Tag fanden erneut landesweit Streiks statt, nachdem Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften ohne Ergebnis geblieben waren. Grund der Streiks sind die Pläne der Regierung, die Dauer der Beitragszahlung bis zum Erwerb der vollen Rente für Beschäftigte im öffentlichen Dienst von bisher 37,5 Jahren (diese Beitragsdauer galt seit 1983) auf künftig 40 Jahre anzuheben. Damit werde die Beitragszahlung bis zum Erwerb der vollen Rente an die im privaten Sektor bereits geltende Dauer angeglichen, behauptet die Regierung. Bis 2020 will die Regierung dann für beide Bereiche, den privaten Sektor wie den öffentlichen Dienst, die Dauer der für die volle Rente erforderlichen Beitragszahlung auf 42 Jahre anheben. Für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten bedeutet das, dass sie keine Aussicht mehr haben, die gesetzlich vorgesehene Rente jemals zu erhalten. Am 28. Mai will die Regierung in Paris ihr Gesetz im Kabinett verabschieden. Für den 25. Mai haben die Gewerkschaften erneut zu einem landesweiten Streiktag aufgerufen. Foto: Kein Zugverkehr im Bahnhof Bordeaux. (Handelsblatt, 14.5.03, Berliner Zeitung, 16.5.03, NZZ, 18.5.03).

Kein Schuldenerlass für Irak

Wenige Tage vor dem G-8-Gipfel von Evian (1. bis 3. Juni) trafen sich die Finanzminister der G-8-Staaten im französischen Seebad Deauville an der Kanalküste zur Vorbereitung der Tagung. Eine der Vereinbarungen: Die Auslandschulden des Irak, sie werden auf 127 Milliarden Dollar geschätzt, sollen entgegen Forderungen der USA nicht erlassen werden, sondern lediglich bis 2004 gestundet werden. Größter Gläubiger des Irak soll Russland sein. Verhandlungen über eine Umschuldung könnten erst beginnen, wenn eine neue stabile Ver-

waltung im Irak bestehe, teilte Finanzminister Eichel mit. Für die Weltwirtschaft sehen die Finanzminister Anzeichen einer Besserung. Vor allem der im Zusammenhang mit dem Irakkrieg gesunkene Ölpreis könnte einen Aufschwung in den Industriestaaten ermöglichen, hoffen die Minister. (Quelle: www.dw-world.de, 17.5.03)

Irak: UN-Resolution eingebracht, keine Massenvernichtungswaffen gefunden

In dieser Woche soll sich der UN-Sicherheitsrat mit einer von den USA, Spanien und Großbritannien entworfenen Resolution befassen, die die Aufhebung fast aller 1991 gegen den Irak erlassenen Sanktionen vorsieht. Nur das Embargo gegen Rüstungslieferungen soll (vorerst) aufrecht erhalten bleiben. Wörtlich heißt es in dem Resolutionstext, dass „alle den Handel mit dem Irak und die Bereitstellung finanzieller und wirtschaftlicher Mittel ... betreffenden Resolutionen ... nicht länger wirksam sein sollen“ und „dass alle Öl-Exporte ... im Anschluss an das Datum der Annahme dieser Resolution an die vorherrschenden Weltmarktgepflogenheiten angepasst werden sollen“, also wieder unbegrenzt erlaubt werden. Ansonsten betont der Resolutionstext zwar „das Recht der irakischen Bevölkerung, seine eigene politische Zukunft frei zu bestimmen“, nennt dafür aber keinerlei Datum. Im Text heißt es nur, „dass der Tag, an dem die Iraker sich selbst verwälten sollen, schnell kommen muss.“ In der Presse wird das so gewertet, dass sich die US-Regierung mit dem Text für mindestens ein Jahr die vollständige Kontrolle über die Politik und die Finanzen des Irak sichern wollen. Die UNO soll zwar eine „vitale Rolle“ spielen, aber nur „bei der Bereitstellung humanitärer Mittel“.

Gleichzeitig wird berichtet, dass auch die kürzlich entsandten 1.000 US-Spezialisten, darunter Mitarbeiter von FBI, CIA und anderen Geheimdiensten, keinerlei Reste von irakischen Massenvernichtungswaffen gefunden hätten. Sie seien mit der Erwartung in den Irak gekommen, „binnen kürzester Zeit Hunderte von Tonnen von Chemie- und Biowaffen sowie Hinweise auf ein Atomwaffenprogramm zu finden“, berichteten Mitglieder der Suchtrupps gegenüber der Washington Post. Die Suche werde zwar fortgesetzt, man habe aber kaum noch Hoffnung, irgendetwas zu finden. (Quelle: www.dw-world.de, 18.5.03)

Gasexplosion in Kohlegrube in China: 86 Tote

Erneut sind bei einem Grubenunglück in China 86 Bergleute zu Tode gekommen.

In einer Kohlegrube im Osten Chinas war am 13. Mai Gas explodiert. Fünf Tage später, am 18. Mai, wurde die Suche nach weiteren Überlebenden offiziell aufgegeben.



Im vergangenen Jahr kamen nach offiziellen Angaben fast 7.000 Bergleute bei Grubenunfällen in China ums Leben. Etwa drei Millionen Bergleute arbeiten in China in Zechen. Anfang November hatte die Zentralregierung ein neues Gesetz zur Verbesserung der Grubensicherheit verabschiedet. Doch mehrere Monate danach soll das Gesetz vor allem in den vielen kleinen Gruben noch immer unbekannt sein. (Quelle: www.dw-world.de, 18.5.03)

Israelische Regierung gegen internationale Beobachtergruppen

Die israelische Regierung geht weiter gegen internationale Beobachtergruppen in den besetzten palästinensischen Gebieten vor. Am 9. Mai wurde das Büro der ISM (Internationale Solidaritätsbewegung) in Beit Sahour von israelischer Polizei und Militär überfallen, die Computeranlagen und Kommunikationseinrichtungen entweder beschlagnahmt oder beschädigt und die anwesenden drei Frauen – eine Palästinenserin und zwei Frauen der ISM – verhaftet. Die beiden Frauen der ISM würden sofort zum Flughafen gebracht und abgeschoben, kündigte ein israelischer Regierungssprecher an. Sie hätten sich in militärischem Sperrgebiet aufgehalten und alle Aufforderungen israelischer Behörden, dieses Gebiet zu verlassen, ignoriert. Seit 2001 hatte die ISM Beobachtergruppen in die besetzten Gebiete geschickt, um über israelische Übergriffe sofort berichten zu können. Mitte April 2003 hatte der israelische Armeechef General Moshe Yaalon angekündigt, alle ISM-Aktivisten verhaften und abschieben zu wollen. Zusätzlich führte die israelische Regierung ein neues Einreiseformular ein. Einreisende müssen nun schriftlich bei der Einreise erklären, dass sie keine Friedensaktivisten sind und die israelische Armee von jeder Verantwortung freisprechen, falls diese auf sie schießen sollte. Auch Vertretern von Amnesty International wurde am 9. Mai die Einreise in den Gazastreifen verweigert, weil diese sich weigerten, ein solches Dokument zu unterzeichnen. (Quelle: indymedia.org, 18.5.03)

Zusammenstellung: rül

ENNEPetal, GERA. Im Rahmen der Kampagne „We will rock you – kein Raum der Nazi-Musik“ antifaschistischer Gruppen aus NRW fand am 10. Mai 2003 eine Demonstration von ca. 200 AntifaschistInnen gegen den Naziladen „Ranger Streetwear“ und rechtsradikale Strukturen in Ennepetal statt. In Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Monaten eine drastische Zunahme an Neonazi-Aktivitäten im kulturellen Bereich zu verzeichnen; so fanden im letzten Jahr fast monatlich Rechts-Rock-Konzerte mit bis zu 1.300 BesucherInnen statt. Solche Konzerte wie auch die massenhafte Verbreitung von Tonträgern bieten für die Nazis die beste Möglichkeit der Agitation und der massenhaften Verbreitung rechtsextremer Ideologien.

In Thüringen organisiert das Jugend-Antifa-Netzwerk derzeit eine Bustour gegen Naziläden. In Gera, wo zwei eindeutige Naziläden vor kurzer Zeit eröffnet haben, rufen am 24. Mai 2003 AntifaschistInnen zu einer Demonstration auf unter dem Motto „Den rechten Alltagsbetrieb angreifen“. www.antifa-nrw.de/rero und www.aag.antifa.net/news.htm



Flüchtlingsrat kritisiert Ergebnisse der Innenministerkonferenz

ERFURT, DÜSSELDORF. Mit Enttäuschung reagiert der Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen auf die Ergebnisse der Innenministerkonferenz, die am 15. Mai in Thüringen zu Ende ging. Bei den veröffentlichten Beschlüssen ist vor allem interessant, was nicht in ihnen steht. So haben sich die Innenminister zwar mit der katastrophalen Lage im Irak beschäftigt und kommen zum richtigen Ergebnis, dass Abschiebungen dorthin zur Zeit nicht in Betracht kommen. Aber anstatt den hier lebenden Menschen ein Bleiberecht zu geben und damit einen jahrelangen quälenden Unsicherheitszustand zu beenden, wollen die Minister die weitere Entwicklung einfach nur beobachten, bis dann irgendwann einmal doch Abschiebungen möglich werden.

Ähnliches passiert mit Flüchtlingen aus Afghanistan: Hier erkennen die Minister, dass Abschiebungen in großem Umfang nicht möglich sind. Aber anstatt nun zu sagen: Wir stellen fest, dass die afghanischen Flüchtlinge schon lange hier leben und sich integriert haben, macht man Druck und kündigt den Widerruf von Asylanerkennungen und Abschiebungen für bestimmte Teilgruppen an.

Besonders krass wird die Politik-Verweigerung bei den Minderheiten aus dem Kosovo: Hier stehen die Innenminister vor dem Problem, dass Abschiebungen so gut wie unmöglich sind. Gleichwohl wiederholen sie, „dass ein dauerhaftes Bleiberecht für die Minderheiten aus dem Kosovo ausgeschlossen ist.“

Von Problemgruppen, für die sich der Flüchtlingsrat NRW vor der Konferenz gegenüber Innenminister Behrens eingesetzt hatte, ist in den Beschlüssen überhaupt nicht die Rede: etwa die Menschen aus dem Bürgerkriegsgeschüttelten Tschetschenien bleiben ohne wirklichen Schutz. Und in bezug auf Traumatisierte hat man sich nur damit beschäftigt, was

mit solchen Menschen ist, die eine ärztliche Untersuchung verweigern. Zu den dringenden Regelungen, die den Umgang gerade mit dieser Flüchtlingsgruppe betreffen, hatte man offenbar keine Lust. Eine verantwortliche Politik, die nicht stur auf Abschiebungen setzt, sondern Perspektiven eröffnet, ist in Erfurt ausgeblieben. www.fluechtlingsrat-nrw.de

Gegen Bundeswehr-Werbeschau und öffentliches Soldaten-Gelöbnis

SPANGDAHLEM, HAMBURG. Am Samstag, den 10.5 Mai 2003, entschlossen sich rund 10 Friedensaktivisten aus dem Umfeld des „Trierer Bündnis gegen Krieg“ nach der Kundgebung in Spangdahlem spontan, ihre Meinung vor der Bundeswehrausstellung kundzutun. Mit Transparenten und Friedensfahnen protestierten die Bundeswehrgegner rund 2 Stunden am Haupteingang der Werbeausstellung „Unser Heer“ und verteilt Flugblätter. „Der Krieg beginnt hier – Stoppt die weltweite Kriegspolitik von Deutschland, EU, NATO, USA u.a.!“ – „Kein Mensch ist kollateral“ – „Kriegsprävention statt Präventivkrieg“ – „Zivile Alternativen fördern!“ so die Parolen auf den Transparenten, die die Besucher am Haupteingang empfingen. Mit einigen Ausstellungsbesuchern entwickelten sich kontroverse, aber auch zustimmende Diskussionen um Sinn und Unsinn der

Bundeswehr und ihrer Werbeschau. Ein Bundeswehr-Presseoffizier versuchte vergeblich, einen verantwortlichen Ansprechpartner ausfindig zu machen. Ansonsten griff die Bundeswehr nicht ein.

Am 16. Juni 2003 will die Hamburger Regierung das erste öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in Hamburg seit über 25 Jahren auf dem Rathausmarkt abhalten. Um es klar zu sagen: Es handelt sich nicht um eine Initiative der Bundeswehr, sondern des Senates. Dagegen wird ein Bündnis aktiv, das eine Demonstration am 16. Juni angemeldet hat. www.AGF-Trier.de und <http://hh.geloebnix.de>.

„Das Morden mit deutschen Kleinwaffen in aller Welt nimmt zu“

VELBERT. Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) weist auf die weiteren Lesungen des Autors und DFG-VK-Bundessprechers Jürgen Grässlin aus Anlass der Veröffentlichung seines neuen Buches „Versteck dich, wenn sie schiessen“ hin. Das Buch beschreibt anhand der Erlebnisse des somalischen Flüchtlingskindes Samira sowie des kurdischen Lehrers Hayrettin hautnah die Folgen von Rüstungsexporten des in Deutschland entwickelten Schnellfeuer gewehrs G3. „Mit diesem Buch will ich den namenlosen Opfern dieser deutschen Kleinwaffe ein Gesicht und eine Stimme geben“, meint Jürgen Grässlin. In der Öffentlichkeit sei weithin unbekannt, dass heute rund 90 Prozent der Toten und Verletzten in den weltweiten Kriegen Opfer von Kleinwaffen seien. Neben den bekannten Kalaschnikows spielt das deutsche Schnellfeuer gewehr G3 der Oberndorfer Firma Heckler & Koch „eine besonders mörderische Rolle“, so Grässlin. Weltweit seien bisher über 1,5 Millionen Menschen durch Kleinwaffen der Firma Heckler & Koch ums Leben gekommen. „Leider hat sich die Rüstungsexportpolitik Deutschlands unter Rot-Grün gerade bei Kleinwaffen nicht im gewünsch-



ten Maße verbessert“, kritisiert Grässlin. Der aktuelle Rüstungsexportbericht belege stattdessen eine „dramatische Zunahme“ bei Kleinwaffenexporten.

Der Sprecher der DFG-VK und des Deutschen Aktionsnetzes Kleinwaffen Stoppen (DAKS) prangert in seinem Buch an, dass Deutschland mit der Entwicklung neuer Heckler & Koch-Waffen (G36 und OICW) zum führenden Gewehrproduzenten und -exporteur aufsteigen werde. Damit stehe zu befürchten, dass das weltweite Morden mit deutschen Waffen dramatisch zunehme.

Die Einnahmen aus den Buchlesungen wird Grässlin dem noch zu gründenden Fonds für Opfer von Kleinwaffen zur Verfügung stellen. Die nächsten Termine sind: 27.05.03, 19 Uhr, Seebuchhandlung in Konstanz. 28.05.03, 18.30 Uhr in Ravensburg. 1.07.03 in Kichheim-Teck. 4.07.03, Café Nepomuk in Reutlingen. 5.07.03, 10.30 Uhr, Ev. Gemeindehaus Andreähaus in Calw. 11.07.03, 19.30 Uhr, Stadtbücherei in Augsburg. 12.07.03 in Ingolstadt. www.dfg-vk.de

Kurzbericht vom IPPNW-Kongress Kultur des Friedens vom 1.-4. Mai

BERLIN. Der von mehr als tausend BesucherInnen und 80 namhaften ReferentInnen aus dem In- und Ausland besuchte IPPNW-Kongress „Kultur des Friedens“ resümierte über vier Tage den Irakkrieg und seine Einbettung in Globalisierung und militärische Neuordnungsbestrebungen der Welt. Beiträge und Debatten bestärkten die Forderung an die Politik, dass die Antwort Deutschlands und Europas auf die Gefahren kommender Kriege statt in weiterer Militarisierung und Aufrüstung vielmehr in einer resoluten Friedenspolitik mit festen Gewalt- und Kriegspräventionsstrukturen – z.B. verankert in der kommenden europäischen Verfassung – liegen müsse. Ein Angebot machte der mit stehenden Ovationen bedachte Physiker und Träger des alternativen Nobelpreises Prof. Hans Peter Dürr, der einen etablierten europäisch-amerikanischen Dialog der Zivilmächte als Gegengewicht zu den Militärmächten forderte. Dafür müsse sich die Friedensbewegung aber auch von ihrer zum Teil fatalistischen Haltung abwenden: „Frieden ist möglich, die Zukunft ist noch nicht entschieden, sondern wie alles in der Welt von der Kreativität der Menschen abhängig“. Der IPPNW-Kongress vertiefte zudem den Austausch über die Zukunftsperspektiven sozialer Bewegungen mit der globalisierungskritischen Organisation attac, einem Kooperationspartner des Kongresses. Aber nicht nur für sie fasste die aus Indien stammende Physikerin und Agrarwissenschaftlerin Vandana Shiva zusammen: „Die sozialen Bewegungen in aller Welt – von der Friedensbewegung über die Frauenbewegung bis zur Ökologie- und Anti-Atombewegung – müssen sich vernetzen, denn ohne diese Bewegungen än-

dert keine Regierung der Welt etwas.“

Ausführlicher Bericht: www.ippnw.de

WTO und GATS – Privatisierungen und die Folgen für Frauen

KÖLN. 500 Frauen und einige Männer nahmen vom 9. bis 11. Mai 2003 an diesem ersten internationalen Kongress zum GATS aus Frauenperspektive teil. „Zeuginnen“ berichteten darüber, wie sie durch die bereits laufende Privatisierungswelle marginalisiert und in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden. International renommierte Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen analysierten die Folgen der neoliberalen Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und sozialen Diensten in ihren Ländern und international für die Mehrzahl der Bevölkerung, insbesondere für Frauen. Der Kongress schlug so den Bogen von der persönlichen bis zur globalen Ebene von WTO und GATS. Dazu trug die ungeheure Fülle der Informationen und Analysen bei, die Frauen wie Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Christa Wichterich (Deutschland), Naila Khan (Bangladesh), Claudia von Werlhof (Österreich), Theresa Wolfwood (Kanada), Maite Llanos (Argentinien) und Sarah Sexton (GB) in Plenumsbeiträgen vortrugen. Der Kongress schloss mit der Erklärung von Ilona Plattner, Koordinatorin des Frauennetzes Attac, das den Kongress organisiert hatte: „Heute ha-

des Scheiterns konnte das Volksbegehren zwei Erfolge erzielen. Der Druck der Sammlung hat die CDU-Mehrheitsfraktion dazu bewegt, den Forderungen entgegenzukommen. So will die Union die maximale Klassenstärke von 33 auf 28 Schüler senken. Das Volksbegehren fordert eine Obergrenze von 25 Schülern. Zudem hatte die Initiative im Vorjahr im Streit mit der Landesregierung einen bahnbrechenden Sieg vor Gericht erstritten. Demnach sind in Sachsen Volksbegehren auch dann zulässig, wenn sie sich auf die öffentlichen Finanzen auswirken. „Dieser Erfolg stärkt die direkte Demokratie in Sachsen und strahlt auch auf die anderen Bundesländer aus“, lobte Claudine Nierth, Vorstandssprecherin von Mehr Demokratie. www.mehr-demokratie.de und www.schulschuetzer.de.

„Atomkraft raus aus EU-Verfassung“ – Aktion von Umweltverbänden

BERLIN. Umweltverbände rufen dazu auf, mit E-Mails gegen die Förderung der Atomkraft zu protestieren. Hintergrund sind die Verhandlungen im EU-Verfassungskonvent: Ein Vorschlag des Ratspräsidenten Giscard d'Estaing sieht vor, den europäischen Vertrag zur Förderung der Atomkraft (EURATOM) als Protokoll der EU-Verfassung beizufügen. Mit der Aktion werden Bundesaußenminister Fischer und die deutschen Konventsmitglieder aufgefordert, diesen Vorschlag



ben wir einen wesentlichen Schritt getan, ein Welt-Frauensozialforum zu realisieren.“ Ausführlicher Bericht von Maria Mies in www.attac.de/frauennetz.

Schul-Volksentscheid in Sachsen scheitert an zu hoher Hürde

DRESDEN. Das sächsische Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ ist gescheitert. Nach Angaben der Initiatoren konnten über 300.000 Unterschriften gesammelt werden. Die achtmonatige Frist endete am 20. Mai 2003. Bis dahin war das Quorum von 450.000 Stimmen (ca. 12,5 Prozent der Wahlberechtigten) jedoch nicht mehr zu erreichen. Ziel des von einer Bürgerinitiative, Gewerkschaften und der Opposition getragenen Antrags sind die Verhinderung von Schulabschlüsse und kleinere Klassen. Trotz

abzulehnen. Die ökonomische Privilegierung der Atomkraft müsse abgeschafft werden und der EURATOM-Vertrag spätestens bis 2007 auslaufen. Der EURATOM-Vertrag wurde vor 45 Jahren als einer der Gründungsverträge der späteren EU verabschiedet und ist seitdem unverändert geblieben. Sowohl die nationalen Parlamente als auch das EU-Parlament sind bei Entscheidungsabläufen hinsichtlich dieses Vertrages ausgeschlossen.

Getragen wird die Protest-Aktion vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Deutscher Naturschutzbund (DNR), Euronatur, Forum Umwelt und Entwicklung (FUE), Germanwatch, Greenpeace, GRÜNE LIGA, Naturschutzbund (NABU), ROBIN WOOD, urgewald und WWF. www.bbu-online.de

Elternprotest:

Nach PISA ist vor PISA

Die Novellierung des Hamburger Schulgesetzes stößt weiterhin auf entschiedenen Protest in der Hansestadt. Eltern Hamburger Schülerinnen und Schüler drücken ihre Sorge darüber aus, dass die Änderungen nicht den Ergebnissen der PISA-Studie Rechnung tragen, sondern die Qualität der schulischen Bildung Hamburg noch mehr verschlechtern.

Der Protest an Hamburger Gymnasien richtet sich vor allem gegen die übereilt eingeführte Verkürzung der gymnasialen Schulzeit. (...) Ohne Erarbeitung neuer Bildungspläne, ohne Schaffung einer notwendigen Infrastruktur für die Verlagerung des Unterrichts in den Nachmittag und ohne Bewilligung zusätzlicher Lehrerstunden stünden die Schulen und die SchülerInnen vor einer schwierigen bis chaotischen Situation. Für die Einrichtung von Ganztagschulen – wie in anderen europäischen Ländern mit zwölfjähriger Schulbildung – fehle es am politischen Willen.

Da eine bildungspolitische Debatte nicht erfolgt sei, die sich über Bildungsziele und pädagogische Konzepte zu ihrer Umsetzung verständigt, bevor über einschneidende Veränderungen entschieden wurde, wie z.B. der Einführung des Zentralabiturs, das eben auch die Bildungsinhalten standardisiert und gleichschaltet, haben diverse Elternarbeitsgruppen bildungspolitische Diskussionsforen an den Schulen gegründet:

- Gegen „Schulreformen“ ohne Bildungsziele!
- Gegen Schulzeitverkürzung und Unterrichtsverdichtung ohne ausgearbeitete Bildungspläne!
- Gegen Unterrichtsverlängerung in den Nachmittag

Mit der Aktion einer: „Öffentliche Schulspeisung“ am Donnerstag, 15. Mai, 12.30–14.30 Uhr Bogenstraße Ecke Helene-Lange-Straße wollen Eltern in Eimsbüttel auf die mangelhafte Infrastruktur für die Umsetzung der geplanten Reformen an den Schulen ihrer Kinder hinweisen und mit Politikern und Behördenvertretern über Problemlösungen ins Gespräch kommen.

PE Elternräte

Eine ausführliche Erklärung der Elternräte Eimsbütteler Gymnasien – Helene-Lange-Gymnasium, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Emilie-Wüstenfeld-Gymnasien – gegen die Bildungspolitik des Senats können wir leider aus Platzgründen nicht abdrucken



Hamburg – Aktionen und Proteste im Bildungswesen

- **Gegen „Schulreformen“ ohne Bildungsziele!**
- **Gegen Schulzeitverkürzung und Unterrichtsverdichtung ohne ausgearbeitete Bildungspläne!**
- **Gegen Unterrichtsverlängerung in den Nachmittag**

Der Hamburger Senat versucht bekanntlich, im Kinder-, Jugend- und Bildungsbereich die strukturell weitreichendsten Veränderungen durchzusetzen – und zwar brachial top-down –, die es in den letzten 30 Jahren in Hamburg gegeben hat:

• Umstellung der Kita-Betreuung auf ein neoliberal-ökonomisches Nachfrage-System mit Einlösung von Gutscheinen durch die Eltern statt eines Rechtsanspruches

• Zementierung des gegliederten Schulwesens (Bildungsprivileg) und institutionalisierte Selektion anstelle von Integration und Förderung

• Selbstregulierung der Mehrarbeit der LehrerInnen an den Schulen bei gleichzeitiger Einsparung von 1000 Lehrerplanstellen und verschlechterten schulischen Bedarfsgrundlagen (Lehrerarbeitszeitmodell), erreicht durch Taylorisierung der Lehrerarbeit (Zeiterfassung der Lehrerarbeit bei neuartiger Faktorisierung) als Vorstufe für eine Kosten- und Leistungsabrechnung

• Privatisierung der beruflichen Schulen durch deren Überführung in eine Stif-

tung unter dem Kommando der Handelskammer

• Streichung von beruflichen Fördermaßnahmen für Jugendliche ohne Schulabschluss und ImmigrantInnen und beruflicher Vollzeitschulen (Fachoberschule)

• Völlige Aufhebung der Lehr- und Lernmittelfreiheit, indem Eltern jährlich und pro Kind durchschnittlich 60.- Euro für Schulbücher bezahlen sollen

• Einführung von Studiengebühren und institutionalisiertem Unternehmer-einfluss bei gleichzeitigem Abbau von Mitbestimmungsrechten an den Hochschulen (neues Hochschulgesetz)

• Permanente Testerei und Prüferei (Fremdevaluation) durch Vergleichsarbeiten und zentrale Prüfungen in allen Schularten und auf verschiedenen Schulstufen, was eine Steuerung durch Ranking vorbereitet

• Kürzungen bei Maßnahmen der Jugendhilfe, der Beratung und Förderung – von Frauen- und Familienprojekten bis hin zur Drogenarbeit.

Dagegen hat es nun in den vergangenen Wochen Proteste um Proteste gege-

Offener Brief des DGB an den Hamburger Senat

HAMBURG. Der DGB appelliert an den Hamburger Senat, in Hamburg genügend Lehrerstellen zu schaffen, anstatt die Arbeitszeit der Lehrerschaft noch weiter zu verlängern und die Schulen einer erneuten Kürzungsrunde auszusetzen.

Insgesamt fehlen etwa 1000 Lehrerstellen, bedingt durch steigende Schülerzahlen, Einführung einer dritten Sportstunde, Verlängerung der Unterrichtszeiten durch Abitur in 12 Jahren, mehr Ganztagsschulen. Das führt zu unhaltbaren Zuständen in den Schulen:

- mehr Unterrichtsausfall
- übergroße Klassen
- Streichung von Förder- und Teilungsstunden
- Verschlechterung der Lern- und Arbeitsbedingungen.

Auf diese Missstände haben 45 000 Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in einer Volkspetition hingewiesen und Schritte zur Verbesserung der Bildungsqualität angemahnt. Dass endlich mehr in Bildung investiert werden muss, ist auch eine Konsequenz aus der PISA-Untersuchung.

In diesem Sinne halten wir es für unverantwortlich und kontraproduktiv, wenn die nötige Zeit für eine gute pädagogische Arbeit verweigert und der Arbeitsdruck in den Schulen weiter erhöht wird.

Die Zahlen zum Gesundheitszustand der Lehrer und Lehrerinnen sind alarmierend. Lehrerarbeit ist kein Halbtagsjob und der gesundheitliche Verschleiß enorm. Über 90% scheiden aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig aus dem Schuldienst aus – ein trauriger Spitzenwert unter den Beschäftigten. Diese Befunde sprechen eindeutig dagegen, dass die Arbeitszeiten noch weiter angehoben werden. Schon jetzt hat die Arbeitszeit im Lehrerberuf einen Stand wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten. Es ist unsinnig die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit (Arbeitszeitmodell) mit der Einführung der 40-Stunden-Woche für Beamte begründen zu wollen. Denn die Lehrer waren nie an der Arbeitszeitverkürzung im öffentlichen Dienst hin zu einer 38,5-Stunden-Woche beteiligt. Im Gegenteil: In den 90er Jahren wurden die Pflichtstunden sogar erhöht. Schon die erste Arbeitszeitkommission stellte in ihrem Bericht von 1999 fest, dass die

Arbeitszeit der Lehrer über einer 40-Stunden-Woche lag.

Der Senat wird daher dringlichst aufgefordert, von der geplanten Arbeitszeitverlängerung für Lehrer und der flächendeckenden Einführung des Arbeitszeitmodells zum 1.8.2003 Abstand zu nehmen.

Vielmehr ist es geboten, umgehend den im Koalitionsprogramm angekündigten Zuwachs von 400 Stellen zu realisieren. 2001 waren in den Hamburger Schulen Lehrer/innen im Umfang von 14 083 Stellen beschäftigt. Zum Schuljahr 2002/2003 wurden diese auf 13 600 reduziert und sollen bis 2005 bei 13 900 Stellen liegen. Dieser eindeutige Abbau der Stellen verstärkt den Lehrermangel in den Schulen. Gleichzeitig werden viele der in Hamburg ausgebildeten Referendare nicht eingestellt. Die jungen Lehrer bleiben ohne Arbeit oder wandern in andere Bundesländer ab. Sie gehen Hamburg trotz hoher Investitionen in ihre Ausbildung verloren, während eine überalterte Lehrerschaft zu einer noch nie da gewesenen Mehrarbeit verpflichtet werden soll.

Geben Sie den jungen Lehrern eine Chance! Zollen Sie der Arbeit der Lehrer die Anerkennung, die sie verdient. Dazu gehört, dass sie die nötige Zeit für die Betreuung der Schüler, für einen guten Unterricht erhalten. Investitionen in die Bildung sind Zukunftsinvestitionen!

Der Vorstand des DGB Hamburg, 15. April 2003

dafür die Verantwortung.

Der Lehrerberuf ist ein schöner aber auch schwieriger Beruf. Er wird von den Lehrerinnen und Lehrern mit Engagement und hohem Zeitaufwand oft über das Maß hinaus wahrgenommen. Statt gesellschaftlicher Anerkennung, wie es in anderen Ländern selbstverständlich ist, müssen sich die Lehrkräfte hier immer wieder mit dem Vorurteil vom bequemen Halbtagsjob herumschlagen. Das ist wenigförderlich und schadet dem gemeinsamen gesellschaftlichen Interesse an einer fundierten qualitätsvollen Bildung und Erziehung. Hamburgs LehrerInnen wollen auch in Zukunft guten Unterricht machen und genügend Zeit für die Betreuung der ihnen anvertrauten SchülerInnen haben. Aber die Voraussetzungen dafür werden ein weiteres Mal verschlechtert.

Mit dem Arbeitszeitmodell läutet der Senat die nächste Kürzungsrunde für die Schulen ein. 1000 fehlende Lehrerstellen sollen damit erwirtschaftet werden. Das geht nicht nur zu Lasten der LehrerInnen, die erhebliche Mehrarbeit leisten müssen, sondern auch zu Lasten der SchülerInnen. Weniger Teilungs- und Förderstunden und noch größere Klassen werden ihre Lernbedingungen deutlich verschlechtern.

Alle Proteste von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen sind bisher ungerührt verhallt – auch das ist ein Skandal!

Die Gangart in der Auseinandersetzung hat sich verschärft, und das geht eindeutig auf das Konto des Senats.

Wie das Arbeitszeitmodell werden auch andere schulpolitische Maßnahmen nach Gutsherrenart verordnet. (z. B. Schulzeitverkürzung, integrative Regelklassen, 2-jährige FOS, Privatisierung der Beruflichen Schulen) Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen werden in den Entscheidungsprozess nicht einzbezogen sondern mit fertigen Ergebnissen konfrontiert – und das ist ein weiterer Skandal!

Die Bildungsqualität hängt auch von den Arbeitsbedingungen der LehrerInnen ab. Wenn sich die Lehrerschaft gegen die verantwortungslose Schulpolitik zur Wehr setzt, ist das gerechtfertigt und notwendig. Dabei vertritt sie nicht nur ihre eigenen Interessen – obwohl das ihr gutes Recht als Arbeitnehmer ist. Sie streitet auch für das Recht ihrer SchülerInnen auf eine gute Bildung.“

www.gew-hamburg.de

Kollektive Krankmeldung

HAMBURG. Am 6. und 7. Mai 2003 konnten an sieben Hamburger Schulen bis zu 4000 SchülerInnen nicht unterrichtet werden, weil sich 240 Lehrer krankgemeldet hatten. Die Reaktionen darauf waren heftig. Dazu erklärt die GEW Hamburg am 9. Mai:

„Das Problem an Hamburgs Schulen sind nicht die Lehrkräfte, die sich krankgemeldet haben. Das Problem ist die seit Jahren betriebene Kürzungspolitik im Bildungsbereich. Die Folgen sind bekannt: Unterrichtsausfall, übergroße Klassen und Kurse, veraltete Unterrichtsmittel aber auch überlastete LehrerInnen. Mit dieser Kürzungspolitik werden die Bildungschancen der SchülerInnen verschlechtert – und das ist der Skandal! Die Politiker, die jetzt auf die LehrerInnen eindreschen, tragen

reden ständig hervorhebt und betont. Diese Proteste haben einen solchen Umfang angenommen wie seit 1945 noch niemals. So kann er auch von der Massenpresse nicht einfach ignoriert werden. Was fehlt, ist die Bündelung der Proteste, die gemeinsame Forderung, die koordinierte Aktion: Jeder kämpft noch für seinen Bereich und nimmt nur am Rande die Kämpfe der anderen wahr. Dabei handelt es sich um jeweils sehr viele Be-

ben, und zwar aller Art, phantasievoll und vielseitig: Vom Bobbypcar-Rennen der Kita-Eltern um einen Kindergartenplatz bis zur Belagerung des Dienstsitzes des Bildungssenators, von der Massenunterschriftensammlung bis zur Volksinitiative. Bisher hat der Senat alles ausgesessen. Jetzt beschließen nach und nach Schulen verschiedene Maßnahmen aus Protest, wie z. B. Streichung von Sportfesten und Klassenreisen. Vom „Dienst nach Vor-

troffenen. Alleine 70.000 Eltern erhalten neue Kita-Betreuungszeiten-Gutscheine, 14.000 LehrerInnen müssen bis zu sechs Stunden mehr unterrichten, über 30.000 StudentInnen sollen demnächst Studiengebühren zahlen, und fast alle Berufsschüler sind von der Privatisierung betroffen.

Die Richtung, in der diese strukturellen Umbauten gehen, ist deutlich: Privatisierung, Abwälzung der Kosten auf die Betroffenen, Verbilligung der LehrerInnenarbeit, Abbau der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge, flächen-deckende Einführung einer Eigenbeteiligung und Public-Private-Partnership. Der Rückbau der gesamtgesellschaftlich-staatlichen Verantwortung für Bildung und Ausbildung – das ist die gemeinsame Klammer aller Einzelmaßnahmen. Damit folgen sie dem von McKinsey entworfenen und vom Hamburger Senat zum Konzept erhobenen Plan von der „wachsenden Stadt“.

Eigentlich könnte man erwarten, dass SPD und GAL dagegen mobilisieren und Sturm laufen, in der Bürgerschaft, den Bezirken und auf der Straße. Das tun sie aber nicht, sondern schleichen sich in die

Proteste der Betroffenen ein und sprechen von „Chaos im Senat“, „Inkompetenz und Ahnungslosigkeit“, „Pannen“ und „Nicht-Machbarkeit“. Britta Ernst (Bildungspolitische Sprecherin der SPD) erklärte, dass die SPD, wenn sie das nächste Mal wieder in die Senatsverantwortung käme, nicht alles rückgängig machen werde. Und die GAL hat einen eigenen Plan für Berufsbildungszentren vorgelegt, der sogar Senator Lange (FDP) zu Lobesworten hinriss und große Gemeinsamkeit mit dem Senatskonzept feststellte. Kein Wunder: Fast alle diese Senatsmaßnahmen könnten auf Pläne oder Vorarbeiten des SPD/GAL-Senats aufbauen.

Das wird zunehmend von den Betroffenen erkannt, so dass sie sich immer mehr auf die eigene Kraft besinnen und den DGB, ver.di und GEW zu schärferen Protesten treiben. Am 21.5. steht nun die Gründung eines breiten Bündnisses „Bildung ist keine Ware“ bevor, das – parallel zu dem anlaufenden Bündnis „Wasser ist keine Ware“ eine Volksinitiative gegen die Privatisierung der Berufsschulen starten will. Am 22. 5. entscheidet eine Vertrauensleuterversammlung der GEW über die von der Landesvertreterversammlung am 26.4. empfohlene Urabstimmung über einen eintägigen Streik noch vor den Sommerferien. Dabei geht es gegen die Einführung des Mehrarbeitszeitmodells für Lehrer am 1.8. Der Streik könnte z. B. am 27.6., dem bundesweiten „Tag der Bildung“, stattfinden. Da der Senat kaum mit den Betroffenen spricht und diskutiert und daran festhält, alle diese Veränderungen zum 1.8. einzuführen, ist ein heißer Sommer vorprogrammiert.

Dabei brauchen die Betroffenen die Unterstützung der Öffentlichkeit – geht es doch darum, ob in wichtigen Bereichen das neoliberalen Konzept von der „wachsenden Stadt“ durchgesetzt wird oder aber, ob die Option für die Entwicklung Hamburgs zur „Solidarischen Stadt“ offengehalten wird.

*Horst Bethge,
(AG Bildungspolitik
der PDS)*

Gegen Bespitzelung: ESSEN. Die PDS-Gruppe im Rat spricht sich entschieden gegen eine verschärfte Bespitzelung und Sanktionierung von Sozialhilfe-Empfängern aus, wie sie ein im Sozialausschuss vorgelegter Antrag von CDU und FDP fordert. Die von CDU und FDP vorgeschlagenen Maßnahmen beruhen auf mehreren Unterstellungen: Einem Großteil der Sozialhilfeempfänger/innen wird unterstellt, sie wollten gar nicht arbeiten. Den Sozialamtsbeschäftigten wird unterstellt, sie würden die Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes nicht „konsequent anwenden“. Den Ärzten schließlich wird unterstellt, dass sie zu Unrecht krank schreiben, wenn generell gefordert wird, Krankheitsfälle müssten durch das Gesundheitsamt überprüft werden. „Solche Unterstellungen sind pure Stimmungsmache,“ so Wolfgang Freye, PDS-Vorsteher im Sozialausschuss. „Und selbst wenn stärkere Bespitzelung und Überprüfung durch einen Außendienst vielleicht dazu führen, Menschen aus dem Sozialhilfebezug zu drängen: Das entscheidende Problem wird dadurch nicht gelöst, es wird kein einziger Arbeitsplatz geschaffen.“

www.pds-essen-im-rat.de

Wasser und Wettbewerb: KÖLN. Die EU-Kommission erwägt in einem am 7. Mai vorgelegten 10. Punkte-Plan die Öffnung des Wassersektors für den Wettbewerb. Auf der Grundlage einer bis Ende 2004 fertigzustellenden Studie würden alle Optionen, auch etwaige gesetzgeberische Maßnahmen geprüft, so die Generaldirektion Binnenmarkt in ihrer Pressemitteilung. Bislang hat sich die EU-Wasserpolitik klar gegen eine Liberalisierung der Wasserdienstleistungen und der Wasserversorgung ausgesprochen und mit der Verabschiedung der EU-Wasserrahmenrichtlinie im Dezember 2000 eine völlig entgegengesetzte Richtungsentscheidung getroffen. Die Richtlinie, deren Umsetzung auf nationaler Ebene derzeit die Wasserbranche intensiv beschäftigt, definiert gerade, dass Wasser kein beliebiges Wirtschaftsgut und keine beliebige Handelware wie zum Beispiel Strom und Gas darstellt, sondern ein ererbtes Gut, das geschützt, verteidigt und entsprechend behandelt werden muss. Demzufolge fällt die Wasserversorgung nach Auffassung des VKU nicht unter den Anwendungsbereich des EU-Binnenmarktes.

www.vku.de

Kein Cross-Border-Leasing ohne Zustimmung des Rates: KÖLN. Nach Pressemeldungen plant die GEW Rheinenergie ca. 1700 km Wasserrohre, acht Wasserwerke und 160 Förderbrunnen an einen amerikanischen Investor zu verkaufen und dann wieder zurück zu leasen. Detailierte Planungen liegen

„Der Tag der Bildung“ hat Charme und kann Strahlkraft entfalten.

www.tag-der-bildung.de

Mitmachen beim „Tag der Bildung“ lohnt sich!

Und mit ein bisschen Glück sogar in barer Münze. Unter allen teilnehmenden Einrichtungen verlost die GEW drei Geldpreise im Wert von 1000 Euro, 500 Euro und 300 Euro.

Um an der Verlosung teilzunehmen, füllen Sie bitte umseitige Karte mit den entsprechenden Angaben aus. Die Auslosung findet am 27. Juni in Berlin statt (der Rechtsweg ist ausgeschlossen).

Weitere Informationen gibt es auch unter: www.tag-der-bildung.de

Vernetztes Wissen

Online-Informationen zum „Tag der Bildung“

Welche Einrichtungen machen im „Tag der Bildung“ was? Wo ist die tatsächliche Verortung? Wie können wir den Tag gestalten? Fragen, die auf der Webseite zum „Tag der Bildung“ beantwortet werden. Unter www.tag-der-bildung.de gibt's Infos und praktische Hilfestellungen zum Tag der Bildung.

„Tag der Bildung“ Das setzt ein Zeichen, an dem sich alle mit dem Thema „Bildung“ einbinden. Sie erinnern sich an die eigene Kindheit, an die Erfahrungen auszutauschen, Material und Flugblätter über Plakate und Präsentationsbroschüren hin zu Ginea-

Mitmachen beim „Tag der Bildung“ lohnt sich!

Und mit ein bisschen Glück sogar in barer Münze. Unter allen teilnehmenden Einrichtungen verlost die GEW drei Geldpreise im Wert von 1000 Euro, 500 Euro und 300 Euro.

Um an der Verlosung teilzunehmen, füllen Sie bitte umseitige Karte mit den entsprechenden Angaben aus. Die Auslosung findet am 27. Juni in Berlin statt (der Rechtsweg ist ausgeschlossen).

Weitere Informationen gibt es auch unter: www.tag-der-bildung.de

bisher weder dem Rat noch den Aufsichtsratsmitgliedern vor. Die Versorgung der Kölnerinnen und Kölner mit Trinkwasser ist ein elementarer Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die PDS-Ratsfraktion beantragt dazu: Der Rat der Stadt Köln möchte über die Planungen der GEW Rheinenergie, ein Cross-Border-Leasing-Geschäft (CBL) mit Trinkwasser-Anlagen abzuschließen, unterrichtet und einbezogen werden. Da der Vorstand der GEW Rheinenergie derzeit solche Vorschläge erarbeitet, sollten die städtischen Aufsichtsratsmitglieder nicht ohne vorherige ausführliche Beratung und Diskussion im Rat solche Bestrebungen der Geschäftsführung mittragen und ihre Entscheidung im Aufsichtsrat bis zum Abschluss der Ratsdebatten durch Vertragung des Aufsichtsratsbeschlusses solange aussetzen. www.pds-koeln.de

Umfassende Gesundheitsreform notwendig: FRANKFURT A.M. Der Sozialausschuss des DSTGB spricht sich für eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens aus. Begrüßt wird der Vorschlag, alle Sozialhilfeempfänger in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen. Knapp 560.000 Sozialhilfeempfänger sind derzeit nicht krankenversichert. Hierfür müssen die Kommunen mehr als 1,2 Milliarden Euro mit steigender Tendenz aufwenden. Reformen im Gesundheitswesen müssen sozial ausgewogen bleiben, sie dürfen insbesondere aber nicht die Gesundheitsversorgung der Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Raum verschlechtern. In den vergangenen Jahren hat es bereits eine Ausdünnung von Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung gegeben. Die Flächenländer weisen bereits heute die niedrigste Bettendichte aus. In den ländlichen Regionen verlagern sich immer mehr Leistungen in entfernte Krankenhäuser. In strukturschwachen Gebieten können zunehmend Hausärztepraxen nicht besetzt werden. www.dstgb.de

Städte brauchen junge Familien zum Überleben: NÜRNBERG. Die Zukunft der Städte in Deutschland hängt nach Expertenansicht entscheidend vom Zuzug junger Familien ab. Ohne junge Paare und ihre Kinder bluteten die Mittel- und Großstädte aus, warnte der Leiter des Amtes für Wohnen und Stadterneuerung in Nürnberg, Hans-Joachim Schlößl. Jede Familie mit einem Kind, die aus der Stadt in einen Vorort ziehe, bedeute für die Kommune einen Steuerausfall von 4000 Euro, erläuterte Schlößl. Wohnungsbau lohne sich daher auch und gerade bei leeren Kassen. www.welt.de

Zusammenstellung: ulj

Kommunale Politik



→ Ja zu mehr Investitionen

Wir brauchen eine Investitionsoffensive. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Bundeskanzler angekündigt. Das muss im zweiten Schritt auf eine breitere Basis gestellt werden.

→ Nein zum Sozialabbau

Noch mehr Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Streichung des Krankengeldes und Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sind für uns nicht akzeptabel.

→ Ja zu mehr Ausbildungsplätzen

Wir brauchen eine wirkungsvolle Ausbildungsplatzgarantie. Die Arbeitgeber müssen allen jungen Menschen einen Ausbildungsposten anbieten. Erfüllen sie diese Zusage wieder nicht, muss die vom Kanzler angekündigte gesetzliche Regelung zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen kommen.

→ Nein zu weniger Kündigungsschutz

Von der IG Metall gibt es kein Ja zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes.

→ Nein zu Angriffen auf die Tarifautonomie

Gesetzliche Tariföffnungsklauseln sind überflüssig. Wir sagen Ja zu betrieblichen Bündnissen der Tarifvertragsparteien. Mit uns gibt es aber keine Verlagerung der Tarifverhandlungen in die Betriebe.

→ Ja, ich unterstütze die Forderungen der IG Metall:

Name	Wohnort	Unterschrift

„Mut für eine andere Politik“

IG Metall und ver.di rufen zu Aktionen am 24. Mai

Die beiden großen Gewerkschaften IG Metall und ver.di unterstreichen ihre Kritik an der Sozialpolitik der Regierung weiterhin durch Aufrufe zu Aktionen. Im Dokument 1 (siehe oben) die Forderungen, die von beiden Gewerkschaften textgleich mit der Bitte um Unterschriften verbreitet werden. Im Folgenden der Aufruftext aus dem ver.di-Aufrufblatt.

WWW.VERDI.DE – Mut zeigt nicht, wer die selbe wirkungslose Therapie immer weiter fortführt, mit der schon Kohl gescheitert ist, und nur die Dosis erhöht. Nach dem Motto: Erst hatten wir Kohl – jetzt den Salat. Mut zeigt, wer sich für eine andere Politik einsetzt: Eine Politik, die die Lasten gleichmäßig auf alle Schultern verteilt. Eine Politik, die es endlich schafft, mit Hilfe von Investitionen in die Zukunft die Binnenkonjunktur anzukurbeln. Deswegen brauchen wir „Mut für eine andere Politik“: Für einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, für mehr Beschäftigung und qualitatives Wachstum und für ein Zukunftsinvestitionsprogramm, das Arbeitsplätze schafft!

- *Mut für eine andere Politik!*
- *Ja zu mehr Arbeitsplätzen*
- *Nein zum Sozialabbau*
- *Ja zu mehr Steuergerechtigkeit*
- *Sozialabbau schafft keine Arbeitsplätze*

Die Regierung wird nicht müde, uns einzureden, nur mit tiefen Einschnitten bei den Sozialleistungen sei der Weg aus der Krise möglich. Uns wird ständig entgegen gehalten: Wer die Reformen verhindert, gefährde die Zukunft unseres Sozialstaats. Wir sollten uns nicht für dummm verkaufen lassen:

Die Agenda 2010 selbst setzt den Sozialstaat aufs Spiel. Was uns als Reform angepriesen wird, ist in Wahrheit nichts

anderes als Sozialabbau. Was ist das für ein „Fortschritt“ wenn wir

- *die Beiträge für das Krankengeld alleine tragen,*
- *ein Eintrittsgeld beim Facharzt bezahlen,*
- *der Kündigungsschutz verschlechtert wird,*
- *ein gekürztes Arbeitslosengeld erhalten und*
- *am Ende viel zu schnell auf Sozialhilfe angewiesen sind.*

Agenda 2010: 100 000 Arbeitsplätze bedroht!

Uns soll weismachtet werden, dass durch Verzicht auf Sozialleistungen und Arbeitnehmerrechte neue Arbeitsplätze vom Himmel fallen. Das sei der Weg aus der wirtschaftlichen Krise. Das ist ein Trugschluss: Die Reformagenda 2010 der Bundesregierung schafft keine Arbeitsplätze – im Gegenteil: „Kurzfristig könnte die mit der Agenda einhergehende Schwächung der Binnennachfrage bundesweit zum Verlust von bis zu 100000 Jobs führen.“ So der Konjunkturexperte Gustav Horn vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

Es ist gefährlich, Arbeitslosengeld, Arbeitslosen- und Sozialhilfe und Kündigungsschutz zu verschlechtern. Sie verhinderten, dass sich konjunkturelle Schocks direkt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirken.

Für eine andere Politik!

ver.di tritt für eine andere Politik ein: Denn was jetzt geplant ist, ist lediglich die Fortsetzung der Kohl-Politik, die 16 Jahre lang keinen Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte. Auch die Steuerentlastung für Unternehmen durch die rot-grüne Regierung hat nicht zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit geführt. In den letzten beiden Jahren haben die Aktiengesellschaften und GmbHs fast keine Steuern mehr bezahlt.

Auch die Steuergeschenke für Vermögende haben keine Arbeitsplätze geschaffen. Die Binnennachfrage wurde regelrecht abgewürgt, sodass die Bundesrepublik auch beim Wirtschaftswachstum auf den hinteren Plätzen rangiert. Eigentlich aberwitzig, dass der Staat seit 1997 auf – vorsichtig geschätzt – 50 Milliarden Euro aus der Vermögenssteuer verzichtet.

Zu wenig Geld für Aufträge

Wir kennen das: Der Einzelhändler, der Mittelständler oder unser Chef klagt. Die Kosten sind zu hoch. Vor allem die Lohnkosten. Und natürlich erst recht die „Lohnnebenkosten“. Aber sie sind nicht zu hoch. Es gibt zu wenig Aufträge. Die meisten von uns haben zu wenig Geld. Zu wenig Geld um Preise zahlen können, die die Kosten und einen angemessenen Gewinn einbringen. „Geiz ist geil“ heißt das Motto.

Folglich: Das Hauptproblem ist die schwache Binnennachfrage. Sie ist die Achillesferse der bundesdeutschen Wirtschaft. Der Staat und vor allem die Kommunen strangulieren die Nachfrage zusätzlich, da ihnen das Geld zum Investieren fehlt.

Das Kanzleramt stellt im Dezember 2002 zu Recht fest: „Unser Problem ist nicht die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Die ist exzellent, wie immer neue Rekorde beim Export oder bei den Direktinvestitionen zeigen. (...) Unser Problem sind Binnennachfrage und Investitionen.“

Eigentlich ist also klar, was zu tun ist: Stärkung der Binnennachfrage, mehr Investitionen – private und öffentliche. Die Betriebe brauchen Aufträge, um mehr produzieren und so neue Arbeitsplätze schaffen zu können. Der Staat muss aktiv werden: Investitionen der Kommunen in die Bildung, in Energieeinsparung und Umweltschutz schaffen unmittelbar hunderttausende Arbeitsplätze und geben der Wirtschaft neuen Schwung. Dafür steht ver.di.

Zehn Prozent weniger Arbeitslose: durch Zukunftsinvestitionen

Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Der erste Schritt ist ein 20-Milliarden-Euro-Sofortprogramm, das bis 2006 mit weiteren zehn Milliarden Euro jährlich fortgesetzt wird – und 500 000 Ar-



beitsplätze schafft. Rund zehn Prozent weniger Arbeitslosigkeit als heute – so eine Chance können wir nicht ungenutzt lassen!

Die öffentlichen Investitionen haben den niedrigsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. Städten und Kommunen fehlt auf Grund der Unternehmenssteuerreform Geld für die Vergabe von Aufträgen – mit fatalen Folgen für die regionale Wirtschaft. Sogar der Internationale Währungsfonds bestätigt: Staatliche Ausgabenprogramme haben weitaus größere Wachstums- und Beschäftigungswirkungen als Steuersenkungen.

Staatliche Investitionsprogramme lassen sich auch finanzieren! Das mag auf den ersten Blick verwundern, schallen uns doch von überall her die Klagen über die leeren öffentlichen Kassen entgegen: Auf zehn Milliarden Euro werden die Haushaltsdefizite allein der Kommunen in diesem Jahr steigen. Aber: Mittlerweile verfügt gerade einmal ein halbes Prozent (!) der Bundesbürger über 25 Prozent des Geldvermögens. Das ist auch das Resultat steuerlicher Begünstigungen. Wenn dies zumindest ein wenig zurückgedreht wird, dann lassen sich arbeitsplatzschaffende Zukunftsinvestitionen finanzieren.

Im Vordergrund steht dabei die Wiedereinführung der Vermögensteuer mit einem Freibetrag von 500 000 Euro. Die Vermögensteuer und eine gerechtere Besteuerung großer Erbschaften belasten nicht die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb bremsen sie nicht die Konjunktur aus – im Gegenteil: Der Staat kann die Einnahmen daraus vollständig zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben einsetzen. Das stärkt die Binnenkonjunktur – und wenn beispielsweise mehr Geld für Bildung und Kinderbetreuung da ist, profitieren alle davon.

Vermögen- und Erbschaftsteuer bringen zusammen Mehreinnahmen von rund 20 Milliarden Euro jährlich! Darauf können wir nicht länger verzichten!

Demonstration von DGB und ver.di, 17.5.03, Berlin

Zähne zeigen

Berlin, 17. Mai 2003 – „Zähne zeigen“ hatten sich in ver.di organisierte Hamburger Krankenkassenbeschäftigte auf ihre schwarzen T-Shirts drucken lassen. Und wenn auch nicht Zähne, so zeigten doch mehr als 5.000 Gewerkschafter zum Auftakt der Demonstration von DGB und ver.di am 17. Mai in Berlin unter dem Motto „Mutige Reformen statt Leistungsabbau“ mit ihrer Präsenz einen deutlichen Willen für eine andere Politik jenseits von Sozialabbau und Arbeitsplatzvernichtung.

„Reformen ja – Sozialabbau nein“, rief der DGB-Vorsitzende Berlin-Brandenburg, Dieter Scholz, den aus der gesamten Bundesrepublik angereisten Gewerkschaftern auf dem Potsdamer Platz zu. Er sprach ihnen damit aus der Seele. „Bodenlose Enttäuschung über die SPD-Politik“ treibe ihn zu dieser Demonstration, erklärte ver.di-Mitglied Karl-Heinz Wiemer, der in der Berliner Landesverwaltung arbeitet – und seit vielen Jahren Sozialdemokrat ist. „Zu den Grundlagen der Bundesrepublik gehörte immer soziale Gerechtigkeit. Doch dieser Konsens ist längst aufgekündigt.“ Wiemer kritisierte aber auch den Teil der Arbeitnehmerschaft, der das Bewusstsein für solidarisches Handeln verloren habe. „Hier ist ver.di, sind alle Gewerkschaften gefordert, die Bildungsarbeit zu intensivieren, ebenso die Rekrutierung von Nachwuchs zu betreiben.“

Tatsächlich waren jugendliche Gewerkschafter auf dem Potsdamer Platz eher in der Minderzahl. Die, die sich auf den Weg nach Berlin gemacht hatten, sparten dafür nicht an Kritik – und ließen auch die eigene Organisation nicht aus. „Die Gewerkschaftsspitzen und Betriebsräte in Großunternehmen mobilisieren zu wenig“, monierte Michael, Anfang 20, und Werkzeugmacher aus Lüdenscheid. Dagegen hätte die Protestbereitschaft gerade unter jüngeren Kollegen stark zugenommen.

Viele Beschäftigte aus den Versorger-krankenkassen nahmen an der Demonstration teil. Sorge um die eigenen Arbeitsplätze wie Befürchtungen mit Blick



Erwerbslose fragen die DGB Gewerkschaften:

1. Was halten die DGB Gewerkschaften von Stoibers Vorschlag, Flächentarifverträge abzuschaffen ?
2. Schafft ein gelockerter Kündigungsschutz neue Arbeitsplätze ?
3. Was halten die DGB Gewerkschaften von dem Hartz-Konzept ?
4. Tolerieren die DGB Gewerkschaften Niedriglohnarbeitsverhältnisse ?
5. Warum haben sich die DGB Gewerkschaften auf Leiharbeitstarife eingelassen ?
6. Was halten die DGB Gewerkschaften von den geplanten Kürzungen beim Arbeitslosengeld ? – Was halten sie vom Arbeitslosengeld II ?
7. Wie stehen die DGB Gewerkschaften

- zur Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und zur angedachten Kürzung der Sozialhilfe ?
8. Wie sehen die DGB Gewerkschaften die Verschärfung der Zumutbarkeitsregelungen (z. B. Umkehr der Beweislast) ?
 9. Was halten die DGB Gewerkschaften von der Privatisierung der Arbeitsvermittlung u. dem Umbau der Bundesanstalt für Arbeit zu einer PSA ?
 10. Sollen die noch bestehenden Selbstverwaltungsorgane in den Arbeitsämtern auch mit Erwerbslosen besetzt werden ?
 11. Welche Rolle spielen Erwerbslose in den DGB Gewerkschaften ?
 12. Welche Vorschläge haben die DGB Gewerkschaften zur Stärkung der Erwerbslosenarbeit ?

auf die gesamte Gesundheitspolitik hatten sie früh am Morgen in die Busse nach Berlin getrieben. So auch ver.di-Mitglied Hans-Jürgen Meyer, der bei der DAK Hannover arbeitet. „Der Ansatz in der Gesundheitspolitik ist verkehrt. Niemand traut sich an die Pharmaindustrie ran, aber die Versicherten sollen die verfehlte Politik ausbaden.“ Es ärgere ihn, wenn er Versicherten kleine Zuzahlungen verweigern müsse, während nach wie vor Riesenbeträge im Gesundheitssystem umgewälzt würden.

ver.di-Bundesvorstandsmitglied Isolde Kunkel-Weber hatte bei einer Pressekonferenz vor Beginn der Demonstration darauf hingewiesen, dass nach wie vor „Billig“-Krankenkassen zum Schaden der Versorgerkassen Versicherte mit geringen Krankheitsrisiken abwerben. „In der Konsequenz ergibt sich ein enormer Arbeitsplatzabbau, obwohl lediglich fünf Prozent der Beitragserlöse für das Krankenkassenpersonal aufgewendet werden müssen.“

Dass sich die Gewerkschaften einer echten Gesundheitsreform nicht verschließen würden, stellte bei der Pressekonferenz auch die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ursula Engelen-Kefeklar. „Das Streichen von Leistungen ist aber keine Reform. Vielmehr müssen die Leistungen im Gesundheitswesen für die Leistungserbringer verbessert werden.“ Sozialministerin Ulla Schmidt sei durchaus mutig in den Reformprozess gestartet. Der DGB könne sie nur bestärken, nicht vor den Lobbyisten des Gesundheitswesens einzuknicknen.

Betroffen von der anhaltenden Kürzungspolitik der Bundesregierung sehen sich auch die im Weiterbildungssektor Beschäftigten. Ihre Befürchtungen sprach ver.di-Bundesvorstandsmitglied Petra Gerstenkorn aus: Durch die angekündigte Kürzung von Zuschüssen für Weiterbildungsmaßnahmen durch die Bundesanstalt für Arbeit seien 20.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

sowie Honorarkräfte in diesem Sektor akut von Arbeitslosigkeit bedroht, rief sie den Demonstrationsteilnehmern zu. „Die Forderung ‚Arbeit für alle‘, ist so schlicht wie wahr.“

Doch Arbeit für alle – das stellte sich für die ebenfalls zahlreich anwesenden Erwerbslosen bei der Demonstration mehr denn je als Utopie dar. „Wenn ich Wolfgang Clement sehe und höre, bekomme ich Sehnsucht nach Norbert Blüm“, sagte Helmut Angelbeck vom ver.di-Erwerbslosenausschuss. Nie sei es Arbeitslosen in der Bundesrepublik so schlecht gegangen wie derzeit unter Rot-Grün. Angesichts von bald mehr als 5 Millionen Arbeitslosen und nicht einmal 400.000 offenen Stellen erweise sich die Politik gegenüber Erwerbslosen als Schikane. „Die Agenda 2010 ist keine Agenda, sondern eine Kriegserklärung an die Arbeitslosen.“ Es wäre der größte Fehler, die Arbeitslosen- mit der Sozialhilfe zusammenzulegen.

Mitglieder der Berliner Erwerbsloseninitiative konnten dem nur zustimmen. „Mein Problem ist nicht, eine schlecht bezahlte Stelle anzunehmen, mein Problem ist, dass ich einfach keinen Job bekomme“, so Tanja B. Sie kann in der rot-grünen Politik nur noch die Absicht erkennen, Arbeitslose zu bestrafen, sieht aber keinerlei Bemühungen, Arbeitsplätze zu schaffen.

Helmut Angelbeck vom ver.di-Erwerbslosenausschuss ließ auch die Gewerkschaften nicht ungeschoren. Er könne keinen ernsthaften Widerstand gegen die rot-grüne Kürzungspolitik ausmachen. „Es war verkehrt, in der Hartz-Kommission mitzuarbeiten“, dank dieser Einbindungspolitik gestalteten die Gewerkschaften letztlich den Sozialabbau mit. Viel Wut und Protestbereitschaft sammelte sich am Potsdamer Platz. Bei bundesweiten Aktionen am 24. Mai könnte sich beides noch verstärken. Text: Gudrun Giese, Fotos Kay Herschelmann, Bernd Steinmann; www.verdi.de

„Blankes Entsetzen“ in der Tabakindustrie. – HB, Freitag/Samstag, 9./10.5. 2003. Die Tabakindustrie reagiert mit großer Besorgnis auf Regierungspläne, die Tabaksteuer zu erhöhen. „Hier wird aus Unkenntnis der Zusammenhänge eine ganze Branche zerschlagen“, klagt der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Cigarettenindustrie (VdC), E. Brückner sowie der Bundesverband der Tabakwarengroßhändler und Automatenaufsteller (BDTA). Bereits jetzt seien die ca. 300 meist mittelständischen Betriebe mit ihren rund 10 000 Mitarbeitern in einer „kritischen Situation“.

US- und BRD-Wirtschaftsbeziehungen gut. – Experten des BDI, des DIHT sowie der American Chamber of Commerce (AmCham) sagen einmütig, sie begrüßten die Reisen von Ministern beider Regierungen als Indiz für eine Wiederannäherung der Politik. AmCham-Geschäftsführer D. Müller: „Das Thema Boykott ist vom Tisch“. So sei eine US-Zeitungsanzeige gegen deutsche Autos nie erschienen.

BDI-Initiative „Vitale Gesellschaft“ für kürzere Krankenhaus-Aufenthalte. – FR, Mittwoch, 14.5.2003. „Im Gesundheitswesen muss gespart werden, aber an den richtigen Stellen“, formulierte BDI-Präsident M. Rogowski. Mittelfristig müsse der Beitragssatz von derzeit 14,3% auf 10% gedrückt werden. Wie dies geschehen soll, stellt die BDI-Initiative „Vitale Gesellschaft“ vor: Die Deutschen würden zu viel geröngt, lägen zu lange im Krankenhaus und schluckten zuviel Pillen, so Rogowski.

BDA-Konzept: Mehr Beschäftigung für ältere Arbeitnehmer. – HB, Freitag/Samstag, 16./17.05.2003. – Ziel müsse es zunächst sein, das durchschnittliche Zugangsalter bei Altersrenten von 62,5 Jahren zu erhöhen. Dazu sollen alle Anreize zur Frühverrentung beseitigt werden. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sollte von bisher bis zu 32 Monaten auf 12 Monate begrenzt, die Vermittlung älterer Arbeitsloser intensiviert werden. Ab 2012 solle die Altersgrenze für die zuschlagsfreie Altersrente schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden. Die Abschläge bei vorzeitigem Rentenbezug will Hundt von 0,3 auf 0,5 % je Monat vorzeitigen Rentenbezugs erhöhen. Aus den Tarifverträgen wollen die Arbeitgeber den besonderen Kündigungsschutz und Entgeltsteigerungen für ältere Beschäftigte streichen. Diese Klauseln seien Einstiegshürden für Neueinstellungen von Älteren. Durch die Frühverrentungspraxis hätten viele Betriebe „gewaltig an Wissen verloren“, so der Arbeitgeberpräsident.

Presseauswertung: rst

„Alter Mann löst junge Frau ab – so einen Wechsel kann niemand als überzeugenden Neuanfang verkaufen“, schreibt die *taz* (1) zur Bewerbung von **Lothar Bisky für das Amt des Parteivorsitzenden**. Die These vom gescheiterten Generationenwechsel wird gerne dazu verwandt, die PDS als gescheitertes Projekt zu beschreiben. Solche Positionen gibt es nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in allen Strömungen in der PDS. Gregor Gysi behauptete sogar, es sei eine Schwäche, auf Bisky zurück zu greifen. Jedoch: Kein Parteitag hatte den „Generationenwechsel“ beschlossen, sondern Lothar Bisky hatte nicht mehr kandidiert.

Die Praxis der PDS hat auch gezeigt, dass die Integration von älteren Frauen und Männern deshalb unverzichtbar ist, weil sonst ihre Erfahrungen und Kenntnisse verloren gehen – z.B. Hans Modrow und Christa Luft. Ältere Funktionäre wie Michael Benjamin und Dieter Strützel sind inzwischen verstorben. Sie fehlen, weil sie nicht nur linke Visionen hatten, sondern auch integrativ tätig waren. Generationenwechsel funktioniert in keiner Partei so, dass die Personen sich zurückziehen. Das haben Lothar Bisky und Gysi ja auch gar nicht getan, sondern aus dem Hintergrund kräftig mitgemischt. Deshalb gilt es diese Kräfte einzubeziehen und auch in Funktionen einzubinden. Und da man nicht beliebig viele Ehrenvorsitzende haben kann, muss man sie in Funktionen wählen.

Gysi sollte nicht so viel rumnögeln, sondern zugeben, dass die steile Karriere, die er sich erhofft hatte, wohl doch nicht eingetreten ist. Entertainer im Fernsehen ist dann auch ein Beruf, den man über Jahre lernen muss. Der fliegt einem nicht so einfach zu. Es ist oft schwieriger, kluge Frage zu stellen, als schnelle und witzige Antworten zu geben.

Die Kandidatur von Lothar Bisky ist eine Chance für die PDS, weil er zuhören und integrieren kann; aber auch klar sagt, wann Entscheidungen getroffen werden müssen. Ohne die PDS kann sich in Deutschland keine linke Kraft in den nächsten Jahren entwickeln, das sollte der Linken im Osten; aber auch im Westen klar sein.

Auch deshalb sind Gregor Gysis Äußerungen zu Bisksys Kandidatur: „Das sind zwei Schritt zurück, ein Schritt nach vorn ...“ (2) überheblich und einfältig.

Hans Modrow schlägt vor, wieder einen großen Vorstand zu wählen:

„Er hat jetzt 20 Mitglieder. Er war ja einmal wesentlich größer, bis Gregor Gysi und andere meinten, der Vorstand müssen so klein sein, dass nur noch eine Richtung hinein passt. Aber so kann man eine pluralistische Partei nicht füh-

ren. Die PDS hat bisher viele Kräfte zusammengehalten, und dabei sollten wir bleiben. Ich schlage vor, das Statut zu ändern – einen Vorstand von etwa 45 Mitgliedern zu wählen, der Probleme diskutieren kann, und außerdem ein Präsidium zu haben, das die konkrete politische Arbeit leistet und vom Vorstand kontrolliert wird. Dieser Vorstand kann sehr verschiedenartig zusammengesetzt sein. Jedenfalls müssen wir weg davon, dass der Pluralismus als destruktiv abgetan wird. Nein, Pluralismus ist eine Frage des Charakters der PDS.“

Nachdenkliche Töne hörte man auch von Wolfgang Gehrke auf dem Landesparteitag der PDS NRW und von Uwe-Jens Heuer vom Marxistischen Forum (4), der Problemlösungen anriß, die zu erarbeiten sind: „Die Rechtsentwicklung in der Welt geht gegenwärtig mit großen Schritten voran. Davon verschont zu bleiben ist sehr, sehr schwierig. Die Frage ist, was eine sozialistische Partei in einer Zeit des triumphierenden Kapitalismus leisten kann.“

Winfried Wolf geht den Weg in die Sackgasse: „Die Frage, ob ich in der Partei bleibe, wird sich nach dem Chemnitzer Parteitag im Oktober konkret stellen.“ (4)

Gleichzeitig hat er auch an einem Treffen der Europäischen Antikapitalistischen Linken am 10. Mai teilgenommen. Moderiert von Manuel Kellner und Angela Klein wollen trotzkistische Gruppierungen eine Konkurrenzkandidatur zu den Europawahlen vorbereiten. Nun dann. Im Bericht über das Treffen ist zu lesen:

„Am Samstag, den 10. Mai 2003 trafen sich in Frankfurt/M Mitglieder verschiedener sozialistischer und kommunistischer Organisationen, Strömungen und Richtungen (PDS-Linke Geraer Dialog, DKP – Deutsche Kommunistische Partei, SAV – Sozialistische Alternative, Linksruck) auf Einladung der internationalen sozialistischen linken (isl) in Frankfurt, um über die Europäische Antikapitalistische Linke (EAL) zu sprechen. Die EAL besteht aus Parteien und Organisationen, die in europäischen Ländern aus der Neuformierung einer antikapitalistischen Kraft hervorgegangen sind oder solche Neuformierungen betreiben ...“

Die Versammelten betrachten sich als Freundinnen und Freunde der Europäischen Antikapitalistischen Linken (EAL) in Deutschland und richten eine Vorbereitungsgruppe ein, die ihre Aktivitäten zwischen zwei Zusammenkünften koordiniert und das nächste Treffen vorbereitet, das am 9. August in Frankfurt stattfinden wird. Neben Berichten und Diskussionen zu den diesjährigen Konferenzen der EAL wird dort über den Entwurf einer Plattform zu den EU-Wahlen beraten werden. Auf der Attac-Sommerakademie werden internatio-

nale VertreterInnen der EAL über das Projekt und erste Erfahrungen damit in einzelnen Ländern berichten.“ (5)

Jörg Detjen

Quellen:

1 *taz*, 16.5.2003

2 *Märkische Allgemeine*, 16.5.2003

3 ND, 17.5.2003

4 *junge Welt*, 17.5.2003

5 Pressemitteilung von Manuel Kellner

Beschluss des Landesparteitages der PDS NRW am 10./11. Mai 2003

Der Landesverband der PDS NRW beobachtet die Entwicklungen im Parteivorstand mit großer Sorge. Es gibt auch unter unseren Mitgliedern teilweise sehr differierende Auffassungen zu den Ursachen dieser Krise und zu der Frage, ob ein Sonderparteitag sinnvoll ist oder nicht. Wir sind uns jedoch einig in der Gewissheit, dass dieses Land eine handlungsfähige sozialistische Partei braucht, die dem Sozialabbau der Bundesregierung, der CDU/CSU-Opposition und der FDP Alternativen für die Menschen, für soziale Gerechtigkeit entgegenstellt.

Deshalb fordern wir, unabhängig von der weiteren Entwicklung, vom Parteivorstand und den Landesvorständen der PDS, eine weitere Zuspitzung der Situation zu vermeiden. Die PDS kann sich interne Grabenkämpfe ebenso wenig leisten, wie eine Verweigerungshaltung von Teilen der Partei gegenüber gewählten Gremien. Solidarische Auseinandersetzung und Kooperation müssen unser Handeln „nach Innen“ bestimmen.

Wir können nicht entscheiden, ob es zu einem Sonderparteitag kommt oder nicht.

Falls ein Sonderparteitag einberufen wird, erwarten wir, dass er einen Beitrag zur Diskussion alternativer, handhabbarer Konzepte zur Agenda 2010 und den neuen Vorschlägen der CDU/CSU entwickelt, die gemeinsam mit der gesamten Partei in die Offensive gebracht werden.

Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem Anliegen, soziale Standards wie den Kündigungsschutz, den Flächentarifvertrag und das Krankengeld als Leistung der paritätisch finanzierten Krankenversicherung zu erhalten. Wir sind dafür, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und nicht die Arbeitslosen.

Im Falle einer Neuwahl des Bundesvorstandes erwarten wir, dass er strömungsübergreifend und pluralistisch zusammengesetzt wird. Ausgrenzung darf es nach keiner Seite geben. Seine Mitglieder müssen Handlungs- und Kooperationsfähigkeit nicht nur deklarieren, sondern praktizieren.

Zusammenstellung: jöd

Sudetendeutsche Kapitel – Vom eigenen Namen zur Konzeption der „Volksgruppe“

Das beherrschende Merkmal der deutschen Außenpolitik in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war der Revisionismus: Man bekämpfte das Versailler System und strebte nach territorialer Expansion. Dieses außenpolitische Profil bildete sich schon lange vor 1933 heraus. Der Nazismus verstärkte nur die Aggressivität dieser Politik und bediente sich zu ihrer Realisierung in besonderem Maße bestimmter Methoden und Mittel.

Wegen der Restriktionen, denen Deutschland nach 1918 unterworfen war, waren die Gestalter seiner Außenpolitik gezwungen, Methoden und Mittel zu suchen, die auch in einer Situation vorübergehender Entmilitarisierung wirksam waren. Als eins der effektivsten Mittel in diesem Zusammenhang erwiesen sich die deutschen Minderheiten auf dem Territorium anderer Staaten, vor allem der Nachbarstaaten. Die Instrumentalisierung „ethnischer Mittel“ zur Destabilisierung anderer Länder und die Einflußnahme auf diese Länder mit Hilfe der nationalen Minderheiten wurde zu einem langfristigen Trend in der deutschen Außenpolitik.

Infolge des Ersten Weltkrieges und der Neufestlegung der Staatsgrenzen lebten auf dem Territorium nichtdeutscher Staaten (darunter diejenigen, die nach dem Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entstanden waren) etwa sechs Millionen Angehörige deutscher Minderheiten. Sie bekamen alle Folgen dieser Veränderungen zu spüren – insbesondere diejenigen, die mit dem Verlust der jahrhundertelangen dominierenden Stellung der Deutschen in Mitteleuropa verbunden waren. Als allgemeine Bezeichnung für diese nationalen Minderheiten führte die deutsche Außenpolitik den Begriff „Volksgruppe“ ein. Diese Bezeichnung überlebte auch den Zweiten Weltkrieg und ist für die deutsche Außenpolitik selbst zu Beginn des neuen Jahrtausends noch immer unersetztlich.

Der Begriff „Volksgruppe“ wurde in Deutschland als Bezeichnung für ein Kollektiv vorgeblich blutsverwandter Personen eingeführt, die sich von anderen Personen durch ihr Verhältnis zu Deutschland unterscheiden, und zwar nicht nur in kultureller Beziehung, sondern vor allem im Hinblick auf ihre Rasse. Wegen ihrer angeblichen Blutsverwandtschaft und einer besonderen kulturellen Verwandtschaft galten (und gelten!) die Angehörigen der „Volksgruppe“, auch wenn sie die Staatsangehörigkeit eines anderen Staates besitzen, als Deutsche, womit mehr gemeint ist als ihre Herkunft. „Es wurde behauptet, die

In Kürze erscheint: DTN-Dossier Nr. 2

Dies ist ein Vorabdruck des zweiten Kapitels von Emil Hruškas neuer Studie „Sudetendeutsche Kapitel. Zu Ursprung und Entwicklung der sudetendeutschen Anschlussbewegung“, die in Kürze als DTN-Dossier Nr. 2 erscheinen wird. Hruška zeigt darin auf, ab wann und warum die deutschsprachigen Einwohner der böhmischen Länder einen gemeinsamen Namen brauchten und welche konzeptionellen Folgerungen sich daraus ergaben. Er befasst sich mit der Persönlichkeit Konrad Henleins und mit den organisatorischen und ideologischen Ursprüngen der SdP sowie den Auseinandersetzungen in ihr. Das letzte Kapitel berichtet über die Wühlätigkeit der sudetendeutschen Irredenta am Vorabend des zweiten Weltkriegs. 50 Seiten Dokumentenanhang.

125 Seiten, Preis: 5.– Euro, Bestellungen an: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43 18 88 20, Fax: 040-43 18 88 21, e-Mail: gnn-hhsh@hansenet.de

Ewigkeit des im ‚Volk‘ pulsierenden Blutes überrage die nur vorläufigen Ordnungen der Gegenwart. ‚Volk‘ und ‚Volksgruppen‘ standen demnach über dem Staat und waren aufgerufen, hindernde Grenzen zu beseitigen, um im deutschen ‚Volkskörper‘ neu zu verschmelzen.“¹

So hat in dem Begriff „Volksgruppe“ die Idee, wonach dem Blut entscheidende Bedeutung zukommt, eine Form gefunden, die den territorialen politischen Interessen entspricht. Aus dieser Sicht stellt die „Volksgruppe“, deren Rolle in der Zwischenkriegszeit formuliert wurde, ein „Kollektiv blutsverwandter Personen“ und ein Subjekt dar, das Anspruch auf Rechte geltend machen kann, die dem Individuum genommen wurden. Die Einzigartigkeit des Individuums wird damit reduziert auf die Eigenschaft, (Über-)Träger der rassischen Abstammung zu sein, die vor „Überfremdung“ und „Vermischung“ geschützt werden muß. Am Ende dieses Prozesses standen die Einbindung der deutschen nationalen Minderheiten in ein totalitäres System, das durch einen „Führer“ oder auch einen „Sprecher“ repräsentiert wurde, und die Konfrontation mit der nationalen Mehrheit des jeweiligen Staates.

Nachdem Konrad Henlein an die Spitze der sudetendeutschen Einigungsbewegung getreten und der Begriff „sudetendeutsch“ zum rein politischen (Kampf-) Begriff geworden war, mußte und konnte – unter dem Aspekt der außenpolitischen Absichten der Nazis – formuliert werden, was die Sudetendeutschen nach ihrem eigenen Selbstverständnis und aufgrund ihrer Stellung in der Tschechoslowakischen Republik eigentlich waren.

Als sich der bereits im vorigen Kapitel zitierte Josef Pfitzner in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre mit der Entstehungsgeschichte der sudetendeutschen Einigungsbewegung befaßte, stell-

te er sich die Frage: „Was stellen wir Sudetendeutsche als Gemeinschaftskörper dar, welche Bezeichnung ist unserer Lage im Rahmen des deutschen Volkes sowie der übrigen Völker angemessen?“² In der Antwort hierauf führte er aus, nach 1918 sei in der sudetendeutschen politischen Bewegung (also in derjenigen, die die Tschechoslowakische Republik nicht als ihren Staat anerkannte) eine Tendenz aufgekommen, sich als „sudetendeutsche Nation“ zu konstituieren. Dies aber bezeichnete Pfitzner als gleichermaßen absurd wie die Proklamierung eines „sudetendeutschen Volkes“.

In den Konzeptionen der sudetendeutschen Ideologen tauchte ferner der Begriff „sudetendeutscher Stamm“ auf. Dieser Begriff wurde von den Protagonisten des elitären Kameradschaftsbundes durchgesetzt (von ihm wird in einem späteren Kapitel dieses Buches die Rede sein). In Pfitzners Augen brachte die Bezeichnung „sudetendeutscher Stamm“ jedoch nicht in vollem Umfang und in aller Deutlichkeit zum Ausdruck, daß „das sudetendeutsche Einheitsbewußtsein, das nichts mit Sonderümelei gemein hat, wie nie zuvor erwacht (sei) und die deutschen Menschen der Sudetenländer zusammengeschmiedet“³ habe. Als geeigneten Begriff akzeptierte Pfitzner nur „Volksgruppe“, etwa im Sinne von „Volkszweig“.

An dieser Stelle sei angemerkt, daß die Frage, ob die Sudetendeutschen ein „Stamm“ oder eine „Volksgruppe“ sind, seinerzeit Gegenstand heftiger ideologischer Streitigkeiten war. Im wesentlichen ging es dabei aber auch um einen Machtkampf zwischen den „Traditionalisten“, repräsentiert durch den Kameradschaftsbund, und den „orthodoxen Nationalsozialisten“. Der Hauptideologe der Traditionalisten, Dr. Walter Brand, Urheber der Theorie des „sudetendeutschen Stammes“, setzte eine Konzeption

durch, die sinngemäß folgendermaßen zusammengefaßt werden kann: Jedes „Volkstum“ sei in Stämme untergliedert. Jedes Volk verfüge über Stämme mit verschiedenen Stärken und Besonderheiten. Das deutsche Volk sei unter den europäischen Völkern dasjenige, das am meisten durch die Eigenarten seiner Stämme geprägt sei. Es gebe keinen Grund, die Vielfalt der Stämme innerhalb des „Volksstums“ zu bedauern, ganz im Gegenteil. Gerade in dieser Vielfalt drücke sich eine immense Energie aus, die danach strebe, das „Volkstum“ durchzusetzen. Die Stammesvielfalt habe nur dann einen Sinn, wenn die innere Einheit und der Zusammenhalt gegenüber den Besonderheiten das Übergewicht behielten. Der sudetendeutsche Stamm, so Brand, müsse „verstanden werden als Glied besonderer Art des gesamten deutschen Volkes, der deutschen Kulturgemeinschaft auf immer unlöslich verbunden“.⁴ Nach Brands Auffassung stellt der „sudetendeutsche Stamm“ das „deutsche Wesen in besonderer, uns gemäßer Art“⁵ dar. Auf die Frage, ob nicht in der „sudetendeutschen Eigenart“ eine Gefahr für das Deutschtum als solches bestehe, antwortete Brand, dies könne nur insoweit der

das „Sudetendeutschum“ innerhalb des tschechoslowakischen Staates als politisch handelnde Gemeinschaft zu organisieren und somit die Voraussetzungen für eine eigene sudetendeutsche Verwaltung zu schaffen. Soweit die Hauptidee Brands.

Die traditionalistische Konzeption des „sudetendeutschen Stammes“ wurde jedoch von den Anhängern der eindeutig großdeutschen und unverschleiert prohitlerschen Politik nachdrücklich abgelehnt. Ohne sich von den Schwüren auf „die untrennbare Verbindung mit der deutschen Kulturgemeinschaft“ seitens der Anhänger des Kameradschaftsbundes (KB) beeindrucken zu lassen, reagierten die orthodoxen Nationalsozialisten allergisch auf jede Erwähnung von „Besonderheiten des Sudetendeutschums“ und nutzten angebliche ideologische Verfehlungen der KB-Anhänger, um deren Machtpositionen innerhalb der Henleinischen Bewegung zu attackieren – obwohl die KB-Anhänger zu Recht manche ihrer „ideologisch unreinen“ Äußerungen mit der Notwendigkeit von „Betriebs- und Täuschungsmanövern“ zur Irreführung der tschechoslowakischen Staatsmacht begründeten. Seine Ablehnung der Konzeption des „sudetendeutschen Stammes“ erklärte Rudolf Lodgman von Auen (der nach dem Zweiten Weltkrieg zum Mitbegründer und ersten Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft wurde) in seinem an Hitler adressierten Memorandum „Warum ich nicht zu Konrad Henlein fand“.

Lodgman von Auen führte an, Brands oben zitierte Aufsatz habe unter den breiten sudetendeutschen Kreisen „geradezu einen Entrüstungssturm“ hervorgerufen, denn er „besagt nichts mehr und nichts weniger, als daß es notwendig sei, einen ‚sudetendeutschen Stamm‘ zu schaffen, der sich geistig, ideell und kulturgemäß von den übrigen deutschen Stämmen zu unterscheiden habe“.⁸ Mit der Idee des „sudetendeutschen Stammes“ werde, so Lodgman weiter, „das angesprosene, was auf den führenden Männern der deutschen Politik in der Tschechoslowakei bis dahin immer als Alpdruck gelastet hatte, die seelische Absonderung vom Gesamtdeutschum als Folge der politischen Trennung wie bei den Holländern, Elsäßern und Schweizern ... Diesen nackten Volksverrat kann nachträglich niemand mit der Begründung der Notwendigkeit einer ‚listigen Tarnung‘ aus der Welt schaffen.“⁹

Da in den ersten Jahren nach der Entstehung der Sudetendeutschen Heimatfront (ab 1935 Sudetendeutsche Partei) die KB-Anhänger deren treibende Kraft darstellten, war die Idee des „sudetendeutschen Stammes“ seinerzeit Teil der „offiziellen“ Henleinischen Ideologie. In der Broschüre „Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung“, die 1935 als eine der ideologischen Schriften der Sudetendeutschen Partei erschien, schrieb Walter Brand sogar, daß die Idee des „sudeten-

deutschen Stammes“ ihren Ursprung in der „unlöslichen Gebundenheit unseres Stammes an das Leben unseres ganzen großen Muttervolkes“ habe, wobei die Sudetendeutschen, wie er (richtig) hervorhob, „politisch ... unter anderen Bedingungen leben als unsere Brüder im Reiche, in Österreich oder sonstwo in der Welt“.¹⁰ (Diese Äußerungen Brands trugen dazu bei, daß ihn die orthodoxen Nazis nach 1938 sämtlicher Funktionen entzogen und ihn sogar ins Gefängnis steckten.) Allerdings waren, wie gesagt, die Bemühungen der KB-Anhänger, eine gewisse Eigenart des „Sudetendeutschums“, ja sogar eine Ausnahmestellung im Vergleich zu den „Brüdern in Deutschland“ durchzusetzen, entscheidend durch den Wunsch motiviert, den eigenen politischen Einfluß ohne Einmischung des Reiches zu erhalten und zu erweitern. In dem Maße, wie der ursprünglich dominante Einfluß der KB-Anhänger in der Sudetendeutschen Partei zurückging (ab 1936), verschwand auch die Idee des „sudetendeutschen Stammes“, bis sie schließlich durch die Theorie der „Volksgruppe“ ersetzt wurde, die den Intentio nen der nazistischen Außenpolitik besser entsprach.

Mit der Benennung und Formierung der deutschen Minderheit in der tschechoslowakischen Republik als „Volksgruppe“ antworteten die Anführer der sudetendeutschen irredentistischen Bewegung auf die Frage: „Wer sind wir?“ Unbeantwortet war nun noch die Frage: „Was sind wir?“ Aber auch sie wurde von den fleißig arbeitenden „sudetendeutschen Ideologen“ prompt beantwortet. Sehr wichtig für die „geistige“ (d.h. ideologische) Vereinheitlichung war die Verbindung der Gleichschaltung mit einem starken emotionalen Element. Die Sudetendeutschen wurden daher als „Schicksalsgemeinschaft“ bezeichnet, die angeblich durch die Tatsache der „tschechischen Nachbarschaft sowie der grenzdeutschen Lage“¹¹ geprägt war und aus der, wie wir schon im vorigen Kapitel sahen, „keiner austreten, der sich keiner entziehen kann“.¹² Vor allem wurde diese „Schicksalsgemeinschaft“ als „Volksgemeinschaft“ präsentiert, wodurch die sozialen Unterschiede zwischen den Sudetendeutschen, aber auch alle sonstigen Gegensätze zwischen Deutschen und Deutschen, verschleiert werden sollten. (Angemerkt sei, daß die Idee der „Volksgemeinschaft“ generell zu einem tragenden Element des Nationalsozialismus wurde.)

Die Lösung von der „Volksgemeinschaft“ war ein hinterhältiges und narzißtisierendes Instrument zur Beherrschung der sudetendeutschen Bevölkerung. Ein Instrument, das vor allem der nationalistischen sudetendeutschen Bourgeoisie freie Hand gab. Mit dieser betrügerischen Lösung wurden Tausende und Abertausende einfacher deutscher Bewohner der tschechischen Grenzgebiete unter das Joch von Henlein Sude-



Konrad Henlein (rechts) mit Adolf Hitler im Jahr 1938

Fall sein, wie vergessen werde, daß „... wir letzten Endes alle unsere geistige Schaffenskraft nur aus den größeren Zusammenhängen unseres kulturellen Lebens gewinnen können“.⁶

Die Zukunft des „Sudetendeutschums“ gehöre der Idee des „sudetendeutschen Stammes“, erklärte Brand, also „des geistig einheitlichen und des einheitlich politisch handelnden sudetendeutschen Stammes“.⁷ Nur so könne eine geistige (ideologische) Einheit erreicht und die Möglichkeit geschaffen werden,

tendeutscher Partei getrieben, weil sie den Worten glaubten, die einzige unüberwindbare Ungleichheit zwischen den Menschen liege in ihrer Nationalität (dies zu glauben war angesichts der grausamen Not, die die Weltwirtschaftskrise in die Grenzgebiete gebracht hatte, oft nicht besonders schwer). Der „Volksgenosse“ Arbeiter sollte seinen „Volksgenosse“ Fabrikanten umarmen – hatte er das getan und war er in die Sudetendeutsche Partei eingetreten, bekam er auch Arbeit ...

Mit der Gründung der Sudetendeutschen Landsmannschaft nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in revisionistischer Form an die irredentistische Vorkriegspolitik Henleins angeknüpft. Die Idee der „Volksgruppe“ wurde nicht zusammen mit dem Nazismus besiegt. „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft ... stellt die Volksgruppe im Exil dar“, schrieb der bedeutende sudetendeutsche Repräsentant Hans Schütz.¹³ Ein anderer führender Sudetendeutscher, Franz Böhm, ergänzte, die Führung der Sudetendeutschen Landsmannschaft „verteidigt die politische Existenz der Volksgruppe“.¹⁴ Der bekannte sudetendeutsche Historiker Otto Kimminich schrieb in diesem Zusammenhang von einem „geschichtlichen Auftrag der Sudetendeutschen“, verbunden mit einem „politisch-territorialen Faktor“.¹⁵

Die Bedeutung des Begriffs „Volksgruppe“ im Ideengebäude der Landsmannschaft erklärte der sudetendeutsche Rechtsexperte Dieter Blumenwitz. Nach seinen Worten ist „der Begriff der ‚Volksgruppe‘ am besten geeignet, den besonderen völkerrechtlichen Schutz ihrer Angehörigen zu rechtfertigen und gegenüber phänotypisch ähnlichen Strukturen (soziale Minderheiten, gesellschaftliche Randgruppen) überzeugend abzugrenzen“.¹⁶ Ein Selbstbestimmungsrecht für die „Volksgruppe“ ist nach Blumenwitz „nicht notwendigerweise auf Grenzänderungen ausgerichtet“, denn es „kann im Rahmen einer föderalen Struktur oder eines autonomen Staates verwirklicht“ werden.¹⁷ Da das internationale Recht den Begriff „Minderheit“ verwendet, verlangt Blumenwitz die Anwendung der einschlägigen Normen des internationalen Rechts auch für die „Volksgruppe“. Im Chor mit denjenigen, die eine „Verletzung der Rechte der deutschen nationalen Minderheit in der Tschechischen Republik“ beklagen, und in tendenziösem historischen und aktuellen Kontext (Problematik des ehemaligen Jugoslawien) erklärt Blumenwitz: „Dauernde und schwerwiegende Verletzungen der Menschenrechte der Angehörigen einer Minderheit/Volksgruppe, ihre Diskriminierung, Verfolgung oder Austreibung durch den Wohnsitzstaat *rechtfertigen den Eingriff von außen, u.U. auch den Einsatz militärischer Gewalt und letztlich – wenn es einer Minderheit / Volksgruppe nicht mehr zugemutet werden kann, mit der Mehr-*

heitsbevölkerung in ihrem Wohnsitzstaat zusammenzuleben – die Unterstützung der Lösung der Minderheit/Volksgruppe im Rahmen ihres Selbstbestimmungsrechts.“¹⁸ (Hervorgehoben durch den Autor) Gemeint sind damit in erster Linie die Sudetendeutschen. Der heutige Vorsitzende der Landsmannschaft, Bernd Posselt, warnte 1994 vor einer „Zeitbombe mit unabsehbaren Folgen“ für den Fall, daß heute Staaten den Volksgruppen ihr Recht auf regionale Eigenart bestreiten sollten.¹⁹

In diesem Zusammenhang ist eine interessante und bezeichnende Diskussion zu erwähnen, die vor einiger Zeit zwischen zwei bekannten Persönlichkeiten der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik ablief. Walter Piverka, ein führender Funktionär des Landesverbandes der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien, stellte bei passender Gelegenheit fest, daß „die in der Tschechischen Republik verbliebenen Deutschen nicht als ‚sudetendeutsche Volksgruppe‘, sondern als ‚deutsche Minderheit‘ bezeichnet werden und sich auch selbst so bezeichnen“.²⁰ Diese Feststellung begründete Piverka folgendermaßen: „Es ist nicht möglich, sich zugleich auf eine achthundertjährige Geschichte zu berufen, die sich unter anderem Namen vollzogen hat, und dieser Geschichte eine neuzeitliche Bezeichnung zu geben. Jedes offizielle internationale und zwischenstaatliche Dokument und Abkommen spricht immer nur von Deutschen ... diese Bezeichnung geht nicht nur aus der logischen Geschichte der Deutschen in unserer Heimat hervor, aber auch aus der Erkenntnis, daß wir an die positiven Errungenschaften der im Lande geleisteten Arbeit der Deutschen aller Jahrhunderte anknüpfen wollen ... nachträglich unserer im Lande lebenden deutschen Minderheit eine Bezeichnung aufzudrängen, die geschichtlich nur bedingt ist, würde zugleich bedeuten, sie von ihrer historischen Existenz zu trennen für unlautere politische Vorhaben. Das wäre in letzter Konsequenz tatsächlich eine Bedrohung ihrer Existenz.“²¹

Gegen Piverka polemisierte der kürzlich verstorbene Prager Journalist Felix Seebauer, seinerzeit ein eifriger Beitragsschreiber der Sudetendeutschen Zeitung, des offiziellen Presseorgans der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Seebauer warnte, es sei nicht nur falsch, sondern sogar gefährlich, die Bezeichnung „Volksgruppe“ aufzugeben, und das „zu einer Zeit, in der die Machtstrukturen der nationalbolschewistischen Unterdrückung bereits weitgehend gefallen sind“. Neben der Feststellung, daß „die Mehrheit der Volksgruppe sich allerdings mit den Heimatvertriebenen zutiefst verbunden fühlt“, führt Seebauer aus: „Es mag sein, daß der seinerzeit (1902) von Franz Jesser geprägte Ausdruck ‚sudetendeutsch‘ nicht gerade sachlich und geographisch der zutreffendste ist, aber er ist nun einmal Allge-

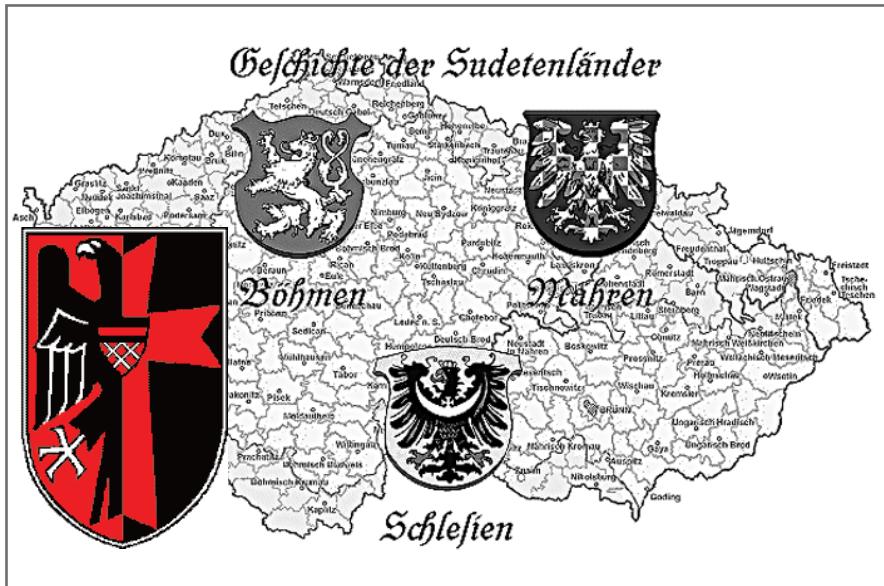


Logo des Sudetendeutschen Tages an Pfingsten 2003 in Augsburg.

meingut und versieht zuverlässig seine Appellativfunktion. Es besteht also kein Grund, diesen Begriff zu ändern. Und es ist keinesfalls so, daß sich die Heimatverbliebenen scheuen, sich zur sudetendeutschen Volksgruppe zu bekennen, selbst wenn sie darum wissen, daß der Begriff ‚sudetendeutsch‘ auf alte Nationalbolschewiki – unter dem Eindruck der von ihnen selbst erfundenen Feindbilder – immer noch eine gewisse Reizwirkung ausübt.“²² Nach allem, was in diesem Kapitel bereits ausgeführt wurde, erübrigt sich ein weiterer Kommentar hierzu.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bezeichnet sich seit ihrer Entstehung (1949/50) bzw. seit der Verabsiedlung ihrer Satzung (1954) als „Formation der sudetendeutschen Volksgruppe außerhalb der Heimat“ (§ 1 der Satzung). Dadurch soll zweierlei zum Ausdruck gebracht werden: erstens daß die Sudetendeutschen eine Volksgruppe sind und sich somit auf die oben genannten „Volksgruppenrechte“ berufen können, und zweitens daß es sich um eine außergewöhnliche und zeitlich begrenzte Situation „außerhalb der Heimat“ handelt. Auf der anderen Seite – und dies verdient besondere Beachtung – erklärte der langjährige Pressesprecher der Landsmannschaft, Konrad Badenheuer: „Die Sudetendeutsche Landsmannschaft hat nie eine feste Definition der sudetendeutschen Volksgruppe angegeben, weil dies kaum möglich wäre ...“²³

Sudetendeutsche Ideologen haben sich auch zu definieren bemüht, wer eigentlich ein „Sudetendeutscher“ ist. Dabei kam es zu einer qualitativen Abstufung, die sich auch im Statut der Sudetendeutschen Landsmannschaft niederschlägt. In Paragraph 4 des Statuts („Volksgruppenzugehörigkeit“) heißt es: „(1) Sudetendeutscher ist ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien geboren ist oder das Heimatrecht hatte. (2) Als Sudetendeutscher gilt ein Deutscher, der von mindestens einem Eltern- oder Großelternteil, der Sudetendeutscher ist, abstammt oder mit einem Ehegatten, der Sudetendeutscher ist oder als Sudetendeutscher gilt, verheiratet ist. (3) Als Su-



Erst nach 1945 wurde das links dokumentierten Wappen der Sudeten kreiert.

detendeutscher gilt auch ein Deutscher, der in einer Gemeinde der Länder Böhmen, Mähren oder Schlesien längere Zeit gewohnt hat und seine Verbundenheit mit der sudetendeutschen Volksgruppe bekundet. (4) Einem Sudetendeutschen gleichgestellt ist auch ein Deutscher, der den Zweck der Sudetendeutschen Landsmannschaft (§ 3) bejaht und seine Verbundenheit mit der sudetendeutschen Volksgruppe durch den Erwerb der Mitgliedschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft bekundet.²⁴ Da nur Personen, auf die die Punkte 1 – 4 zu treffen, „ordentliche Mitglieder“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft sein können, ist diese am ehesten als Bluts- und Gesinnungsgemeinschaft anzusehen.

Die geschilderte Konzeption der „sudetendeutschen Volksgruppe“, als deren Vertretung sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft betrachtet, drückt sich auch in ihrer bedeutungsschweren Symbolik aus. Diese ist genauso künstlich und von politischen Zwecken bestimmt wie die Begriffe „Sudetenland“ und „sudetendeutsch“. Die sudetendeutschen Farben, die z.B. an der Flagge der Landsmannschaft zu sehen sind, sind Schwarz, Rot und wieder Schwarz. Diese Farben haben ihren Ursprung angeblich in den republikanischen Symbolen der Frankfurter Nationalversammlung (1848), die Schwarz, Rot und Gold waren. Nach den Ereignissen des 4. März 1919, als es an vielen Orten der tschechischen Grenzgebiete zu Sezessionsversuchen der Sudetendeutschen kam und die Intervention der tschechoslowakischen Armee etliche Todesopfer forderte, sei jedoch als Zeichen der Trauer die goldene Farbe durch die schwarze ersetzt worden.

Das Wappen der Sudetendeutschen entstand erst nach dem Zweiten Weltkrieg (die Landesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft beschloß am 30. Juli 1950, wie es aussehen sollte). Das Ergebnis war ein kurioses

Konglomerat verschiedener Elemente, das die Wurzeln der ideologischen Auffassungen der Landsmannschaft widerspiegelt. Das Wappen in Form eines Schildes ist in Rot und Schwarz gehalten. Links zeigt es auf rotem Grund die Hälfte des schwarzen Reichsadlers – angeblich Symbol der jahrhundertelangen Zugehörigkeit der böhmischen Länder zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation (bis dieses im Jahre 1806 für aufgelöst erklärt wurde) und „Ausdruck der Identifikation mit dessen Schicksal“.²⁵ Im rechten Teil des Wappens ist dem Adler ein Teil des Kreuzes angefügt (in roter Farbe), Symbol des deutschen Ritterordens, der „als hauptsächlichste Leistung in der Kolonisation des deutschen Ostens“²⁶ gelten muß und dessen größte Verwaltungseinheit, die sog. Balllei, sich in Komotau/Chomutov befand. Adler und Kreuz sind in der oberen Hälfte des Wappens durch ein kleines Schild verbunden, in dessen oberem Teil die sudetendeutschen Farben (Schwarz-Rot-Schwarz) in Miniaturausgabe zu sehen sind, während sich im unteren Teil Gitter befinden, die auf das Wappen der ehemaligen freien Reichsstadt Eger/Cheb zurückgehen. Dieses Element symbolisiert das Gewicht der von dort stammenden Landsleute im Rahmen der Sudetendeutschen Landsmannschaft.

1 Von Goldendach, Walter/Minow, Hans-Rüdiger: Von Krieg zu Krieg, Berlin 1997, S. 41

2 Pfitzner, Josef: Sudetendeutsche Einheitsbewegung, Karlsbad – Leipzig 1937, S. 73

3 Ebendorf, S. 74

4 Brand, Walter: Die Idee des „sudetendeutschen Stammes“. In: Volk und Führung, 1935

5 Ebendorf

6 Ebendorf

7 Ebendorf

8 Lodgman von Auen, Rudolf: Warum ich nicht zu Konrad Henlein fand. In: Die Deutschen in der Tschechoslowakei 1933 – 1947. Herausgegeben von der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, Prag 1964, S. 192

9 Ebendorf

10 Brand, Walter: Die geistigen Grundlagen unserer Bewegung, S. 12

11 Pfitzner, Josef: a.a.O., S. 45

12 Kuhn, Heinrich: Einleitung. In: Jesser, Franz: Volkstumskampf und Ausgleich im Herzen Europas, Nürnberg 1983, S. 7

13 Zur Zukunft der sudetendeutschen Volksgruppe, Arbeitskreis für Volksgruppen- und Minderheitenfragen, Augsburg 1988, S. 80

14 Ebendorf, S. 41

15 Ebendorf, S. 63

16 Blumenwitz, Dieter: Der Begriff der Minderheit/Volksgruppe. In: Deutschland und seine Nachbarn. Forum für Kultur und Politik Nr. 6/1993, S. 28-29

17 Ebendorf, S. 30

18 Ebendorf, S. 31

19 Sudetendeutsche Zeitung 36/1994

20 Landeszeitung, 17.8.1999

21 Ebendorf

22 Ebendorf

23 Mitteilungsblatt der Sudetendeutschen Landsmannschaft Nr. 10/1997, S. 311

24 Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft

25 <http://www.genealogienetz.de/gene/reg/sudhist/>

26 Ebendorf

Dokumentiert

Alternativen zur weltweiten Kriegspolitik

Acht Schwerpunkte für die Friedensbewegung. Vorgelegt vom Bundesausschuss Friedensratschlag

Erfahrungsgemäß lässt der Widerstand einer Bewegung nach, wenn ihr unmittelbares Ziel nicht erreicht wurde. Dies war der Fall nach der Stationierung der Atomraketen im November 1993, nach dem Beginn des Golfkriegs 1991 und nach dem Beginn des Afghanistan-Kriegs im Oktober 2001. Es ist schwer, einem solchen „Abschlaffen“ der Bewegung vorzubeugen. Soweit der Grund dafür darin zu suchen ist, dass die Bewegung gegen den Irak-Krieg in erster Linie eine Anti-Bewegung war, könnte der Gefahr eines allzu tiefen Zurückfallsen dadurch begegnet werden, dass die Friedensbewegung ihre Alternativen zum Krieg deutlicher zum Ausdruck bringt, ihre „Anti“-Haltung (die muss natürlich bleiben!) also durch ein „Pro“ ergänzt.

Der Bundesausschuss Friedensratschlag hat auf seiner Tagung am 17. Mai „Acht Schwerpunkte“ und Handlungsorientierungen verabschiedet, womit die Friedensbewegung in die Auseinandersetzungen der nächsten Zeit gehen sollte.

1) Irak-Tribunal: Völkerrecht und UNO stärken

Die Friedensbewegung darf nach dem Ende des Irakkrieges nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Vielmehr steht eine gründliche Aufarbeitung des Krieges und der weltpolitischen Implikationen der US-Aggression an. Eine politische Verurteilung des Krieges durch den

UN-Sicherheitsrat bzw. durch die UN-Generalversammlung ist unabdingbar, weil der Krieg sonst nachträglich legitimiert würde. Die Besetzung des Irak muss beendet werden, die Aggressoren und ihre Helferhelfer müssen juristisch verfolgt werden und Reparationen an den zerstörten Irak bezahlt und die zivilen Opfer bzw. deren Angehörige entschädigen. Eine von den Siegern dominierte Nachkriegsordnung ist abzulehnen. Das strikte Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen und die universellen Menschenrechte müssen von allen Staaten respektiert werden. Die völkerrechtlichen Standards und die Institutionen der UN müssen gegen alle Untermiernungsversuche verteidigt werden.

Vorschlag: Da gegenwärtig aber nicht damit zu rechnen ist, dass die UN-Institutionen einschließlich der UN-Gerichte ihrer Aufgabe gerecht werden, sollte die Friedensbewegung ersatzweise über die Aggressoren zu Gericht sitzen, d.h. eine Kampagne nach dem Vorbild des Nato-“Tribunals“ initiieren. Damit verbunden ist eine friedenspolitische Aufklärungskampagne über Charakter, Wirkungsweise, Möglichkeiten und Grenzen der UNO sowie über die wichtigsten Prinzipien der UN-Charta und anderer einschlägiger Dokumente des Völkerrechts.

2) Frieden im Nahen Osten durch Gerechtigkeit

Regionale Sicherheit im Nahen Osten wird auch nach der formellen Beendigung des Irakkriegs nur auf der Basis gleichberechtigter Beziehungen zwischen strukturell angriffsunfähigen Staaten (einschließlich eines palästinensischen Staates) herzustellen sein. Das israelisch-palästinensische Problem bleibt eine Schlüsselfrage für die Zukunft des Nahen Ostens und damit ein zentrales Thema für die Friedensbewegung.

Vorschlag: Friedensinitiativen sollten sich intensiv mit dem „road map“ für den Nahen Osten beschäftigen, ihre Kontakte zu israelischen und palästinensischen Friedensgruppen ausbauen; größere Tagungen und Kongresse (z.B. „Friedenspolitischer Ratschlag“ am 6./7. Dezember in Kassel) sollten dem Nahostkonflikt breiteren Raum geben.

3) Abrüstung statt Sozialabbau

Heute verfügen die Völker über alle erforderlichen Mittel, um Hunger und Armut als wesentliche Konfliktursachen zu beseitigen. Ungerechtigkeit und Arbeitslosigkeit könnten wirksam bekämpft, die Umwelt erhalten werden. Die dazu benötigten finanziellen Ressourcen sind vorhanden. Sie werden u.a. aber für eine sinnlose und überflüssige Rüstung vergeudet. Die Bundesregierung sagt selbst, dass es „heute und auf absehbare Zeit“ keine „Gefährdung des deutschen Staatsgebiets durch konventionelle Streitkräfte“ gibt. Daher verlangen wir eine drastische Reduzierung der Rüstung und die Streichung aller Rüstungsvorha-

ben, die für Auslandseinsätze der Bundeswehr vorgesehen sind. Die dadurch frei werdenden Mittel müssen für soziale Sicherung, zivile Arbeitsplätze, Bildung und Ausbildung verwendet werden.

Vorschlag: Dafür wird sich die Friedensbewegung verstärkt einsetzen. Sie wird die Kontakte zu den Gewerkschaften vertiefen und mit dem „Gewerkschaftlichen Netzwerk für den Frieden“ zusammenarbeiten. Vorgesehen ist die Initiierung einer bundesweiten Unterschriftenkampagne „Abrüstung statt Sozialabbau“.

4) Interventionsarmee verhindern – Grundgesetz verteidigen

Die Friedensbewegung muss gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer Angriffsarmee initiativ werden. Verteidigungsminister Struck will noch im Mai 2003 die Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahr 1992 überarbeiten. Alles was bisher bekannt geworden ist, ist höchst alarmierend. „Landesverteidigung“ (das einzige, wozu die Bundeswehr laut Grundgesetz geschaffen wurde!) ist danach out, es sei denn sie fände „am Hindukusch“ statt (Struck); Einsätze im Ausland sind „in“. Die neue „Armee im Einsatz“ wird außerdem teurer.

Vorschlag: Eine breite öffentliche Verfassungsdiskussion ist nötig (der 23. Mai ist „Verfassungstag“!). Wer die „neue Bundeswehr“ will, müsste zuerst das Grundgesetz (z.B. Art. 87a) ändern. Gleichzeitig ist Widerstand gegen die zu erwartenden steigenden Rüstungslasten zu mobilisieren (Thema für Antikriegstag 1. September!).

5) Für ein demokratisches Europa des Friedens

Die Friedensbewegung sieht in den gegenwärtigen Versuchen, die Militarisierung der Europäischen Union voranzutreiben, eine grundverkehrte Weichenstellung. Europa braucht keine weiteren Eingreif- und Interventionstruppen, keine Rüstungssagentur und keine neuen Waffenprogramme. Europa braucht vielmehr politische Initiativen zur zivilen Konfliktprävention und zur Demokratisierung der europäischen Institutionen. Die Friedensbewegung muss ihre Europa-Abstinenz überwinden und sich stärker in den Prozess der europäischen Einigung und Erweiterung einmischen (Konvent, EU-Gipfeltreffen). Die europäische Verfassung muss sich zum Gewaltverbot der Charta der Vereinten Nationen bekennen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung anerkennen.

Vorschlag: Vorgeschlagen wird eine langfristig angelegte Aufklärungskampagne über den europäischen Integrationsprozess und dessen Gefährdung durch die Militarisierungspläne. Die Friedensbewegung sollte die Europawahlen 2004 nutzen, um ihre Vorstellung von einer „Friedensmacht Europa“ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

6) Zivile Prävention statt Präventivkriege

Der Irakkrieg war eine erste Umsetzung der Neuen Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, die US-Präsident am 20. September 2002 verkündet hatte. Danach nehmen sich die USA das Recht heraus, gegen jeden beliebigen Staat der Welt Kriege zu führen, um vermeintliche künftige Bedrohungen „präventiv“ zu bekämpfen. Würde diese Strategie Allgemeingut der Staatengemeinschaft, könnte sich die Welt in einen chaotischen Zustand des permanenten Krieges verwandeln.

Vorschlag: Die Friedensbewegung setzt dieser Strategie nicht nur die Achtung des Völkerrechts entgegen (siehe Punkt 1), sondern auch den Gedanken der zivilen Prävention zur Verhinderung gewaltamer Konflikte. Auch gegen den internationalen Terrorismus helfen keine Kriege, sondern nur eine Politik, die dem Terrorismus und seinem Umfeld den Nährboden entzieht. Bei Veranstaltungen um den 11. September 2003 (der gleichzeitig an den US-inspirierten Putsch gegen die demokratische Regierung Allende in Chile vor 30 Jahren erinnern sollen) wird die Friedensbewegung auf solche Zusammenhänge aufmerksam machen.

7) Massenvernichtungswaffen aufspüren – überall!

Das Ziel einer Beseitigung und Unschädlichmachung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägersysteme sollte nicht nur für den Irak, sondern für alle Staaten geltend gemacht werden. Atomwaffen, Rüstungsproduktion und Konversion sowie Rüstungsexporte müssen wieder Thema der Friedensbewegung werden.

Vorschlag: Angeregt werden symbolische Waffeninspektionen bei Rüstungsunternehmen oder Forschungslabors, die Verbreiterung der weltweiten Initiative „Atomwaffen abschaffen“ durch dezentrale Aktionen am Hiroshima/Nagasaki Tag (6. und 9. August)

8) Neoliberale Globalisierung als Kriegs- und Gewaltursache

Die in den letzten Monaten gewachsenen Teileinsichten der Bevölkerung in globale ökonomische und ökologische Zusammenhänge sollten von der Friedensbewegung genutzt werden, um praktikable Alternativen zum verschwenderischen und zerstörerischen Kapitalismus insbesondere der „Ersten Welt“ zu diskutieren.

Vorschlag: Gemeinsame Diskussionsforen mit Attac-Gruppen und mit anderen globalisierungskritischen sozialen und politischen Bewegungen könnten für die Friedensbewegung eine außerordentliche Bereicherung darstellen. G-8-Gipfel (z.B. Evian im Sommer), das Europäische Sozialforum sowie das Weltsozialforum sind „Termine“, die auch für die Friedensbewegung relevant werden.

<http://www.uni-kassel.de/fb10/frieden>

24. Mai, Potsdam: Regionale Basiskonferenz der PDS-Landesverbände Berlin, Brandenburg.

25. Mai, Bremen: Bürgerschaftswahl

28. Mai bis 1. Juni, Berlin: Deutscher Ökumenischer Kirchentag

1. Juni, Berlin: SPD-Sonderparteitag

1.-3. Juni 2003, Evian: G7/G8 Gipfel in Evian, Frankreich



6. bis 9. Juni, Bremen: Logik macht Krieg – BUKO26 Kongress. Der diesjährige BUKO ist ein gemeinsames Projekt der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus), des Antipatriarchalen Netz/Berlin, von Crossover und der bundesweiten antimilitaristischen Koordination „Krieg ist Frieden“ (KIF). Der BUKO 26 will das Phänomen Krieg in Bezug zu kapitalistischer Globalisierung und Patriarchat, Machtpolitik und Alltagslogik, historischen Brüchen und rassistischen Kontinuitäten setzen. Infos unter <http://www.buko.info>

7. und 8. Juni, Mittenwald. Gegen die Traditionspflege der Gebirgsjäger! AK Angreifbare Traditionspflege, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN-BdA, unterstützt vom AK Distomo rufen auf, an einem Hearing, an Demonstrationen und Aktionen in Mittenwald und am Hohen Brennen teilzunehmen. Zu dem Hearing zu den Kriegsverbrechen der deutschen Gebirgsjäger und zu den Entschädigungsfordernungen der Opfer sind u.a. VertreterInnen des Griechischen Nationalrats der Opferverbände aus Athen, Überlebende der Massaker aus Griechenland, MilitärhistorikerInnen und WiderstandskämpferInnen eingeladen. Nichts ist vergessen! Bestrafung der Kriegsverbrecher! Entschädigung aller NS-Opfer! Näheres: www.nrw.vvn-bda.de

13. bis 15. Juni, Berlin: Viertes Bundesjugendtreffen der PDS im Kunsthause Tacheles. Neben Podiumsdiskussionen und verschiedenen Arbeitskreisen wollen wir unter dem diesjährigen Titel „Lebensendwürfe?!” jungen PDS-Mitgliedern und -SympathisantInnen ein erlebnisreiches Wochenende bieten. Deshalb ist es besonders wichtig, dass viele junge (und auch ältere) Menschen nach Berlin kommen. Weitere Informationen zum Treffen und Anmeldemöglichkeiten erhaltet ihr unter www.pds-jugend.de oder unter tel.: 030/24009- 447

28. Juni, Berlin: Auf die Strasse gegen die Zerschlagung der Arbeitslosenhilfe! Bundesweite Protestveranstaltung der regionalen „Anti-Hartz-Bündnisse gegen die für vermutlich am 1. Juli geplante Verabschiedung der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe.

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: 4. Europäischer Kongress zur Friedenserziehung, Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich! Anmeldung, Programm: Kongressbüro GEW Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 040/44 73 49, Fax: 450 46 58, e-mail: peacecongress@gew-hamburg.de Information: Horst Bethge, Saseler Kamp 69a, 22393 Hamburg, Tel.+Fax: 040/6015212 E-mail: horst.bethge@T-online.de • Hartmut Ring, Gellertstr. 29, 22301 Hamburg, tel.+Fax: 040/2792353, E-mail: ppf@ecolink.org Kongress-Web: <http://www.ppf-germany-congress.org>

5. Juli, Marburg: Eliten – Männerbünde – Vaterland: Tagung zur Kritik von Korporationen. Konservative Eliten allgemein / Überblick über studentische Verbindungen / Innere Strukturen / Männerbünde / Mensur / Deutsche Burschenschaft und Neue Deutsche Burschenschaft / Deutschlandpolitik und Europastrategien in der DB und NDB / Wingolf / Corps / Studentenverbündungen in der Schweiz / Männliche Elite / Nähere Infos: <http://www.pkw.de> (Projekt Konservativismus und Wissenschaft).

31. Juli bis 10. August: Köln. 6. Antirassistisches Grenzcamp „Out of control“. Aufruf unter: http://infoladen.de/koeln/fnb/camp/auf_r_d.htm

7.-10. August, Sonderhausen: Linke Sommerschule der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

21. September, Bayern: Landtagswahl

10.-12. Oktober 2003, Universität München: Making History – Tagung zu Positionen und Perspektiven kritischer Geschichtswissenschaft. Veranstaltet vom Arbeitskreis Kritische Geschichte in Kooperation mit: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Stiftung Sozialgeschichte, Kurt-Eisner-Verein für politische Bildung, AStA der Universität München, Archiv der sozialen Bewegungen Bremen, Fachschaft Geschichte der Universität München. Näheres: www.kritische-geschichte.de.

12. Oktober, Hannover: 20. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall

18. Oktober, Berlin: ver.di-Bundeskongress

26. Oktober, Brandenburg: Kommunalwahlen

Voraussichtliche Termine der Wahlen zum Europäischen Parlament, Deutschen Bundestag bzw. zu den Landtagen und kommunalen Parlamenten in den Jahren 2003 / 2004
Stand: 06.05.2003

Jahr	Monat	Land	Art der Wahl	Wahltermin	Wahlperiode
2003	Februar	Niedersachsen	Landtagswahl	02.02.	5 Jahre
	Februar	Hessen	Landtagswahl	02.02.	5 Jahre
	März	Schleswig-Holstein	Kommunalwahl	02.03.	5 Jahre
	Mai	Bremen	Landtagswahl	25.05.	4 Jahre
	September	Bremen	Kommunalwahl	28.09. ¹	4 Jahre
	September	Bayern	Landtagswahl / Bezirkswahl	21.09.	5 Jahre
	Oktober	Brandenburg	Kommunalwahl	26.10.	5 Jahre
2004	Mai-November	Baden-Württemberg	Kommunalwahl	10.05.-20.11.	5 Jahre
	Juni	Alle Länder	Europawahl	Juni	5 Jahre
		Mecklenburg-Vorpommern	Kommunalwahl	Juni	5 Jahre
		Rheinland-Pfalz	Kommunalwahl	Juni	5 Jahre
		Saarland	Kommunalwahl	Juni	5 Jahre
	Sommer	Sachsen	Kommunalwahl	Sommer	5 Jahre
		Sachsen-Anhalt	Kommunalwahl	Sommer	5 Jahre
		Thüringen	Kommunalwahl	Sommer	5 Jahre
Herbst	Brandenburg	Landtagswahl	Herbst	5 Jahre	
	Saarland	Landtagswahl	Herbst	5 Jahre	
	Nordrhein-Westfalen	Kommunalwahl	Herbst	5 Jahre	
	Thüringen	Landtagswahl	Herbst	5 Jahre	
	Sachsen	Landtagswahl	Herbst	5 Jahre	

¹⁾ Nur Bremerhaven

www.bundeswahlleiter.de/termine/wahlterm.htm